

PCR
PROCESSING COPY

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY

560118

This material contains information affecting the National Defense of the United States within the meaning of the Espionage Laws, Title 18, U.S.C. Secs. 793 and 794, the transmission or revelation of which in any manner to an unauthorized person is prohibited by law.

CONFIDENTIAL

This is UNEVALUATED
Information

| | | | |
|----------------|--|-----------------|--------------------|
| COUNTRY | East Germany | REPORT | |
| SUBJECT | Verfuegungen und Mitteilungen des Ministeriums fuer Aufbau (Bulletin of the Ministry of Construction) | DATE DISTR. | August 1 1952 25X1 |
| DATE OF INFO. | | NO. OF PAGES | 1 |
| PLACE ACQUIRED | | REQUIREMENT NO. | RD 25X1 |
| DATE ACQUIRED | | REFERENCES | 25X1 |

SOURCE EVALUATIONS ARE DEFINITIVE APPRAISAL OF CONTENT IS DEFINITIVE

Ministerium fuer Aufbau
bulletins for 15 January 1956 and 1 February 1956. Each bulletin
contains:

- General Section (this section discusses laws and regulations).
- Technology and Design.
- Building material industry.
- Building industry.
- Bookkeeping.

25X1

25X1

CONFIDENTIAL

| | | | | | | | | | | | | | | | |
|-------|---|------|---|------|---|-----|---|-----|--|-----|--|--|--|--|--|
| STATE | X | ARMY | X | NAVY | X | AIR | X | FBI | | AEC | | | | | |
|-------|---|------|---|------|---|-----|---|-----|--|-----|--|--|--|--|--|

(Note: Washington distribution indicated by "X"; Field distribution by "#".)

INFORMATION REPORT INFORMATION REPORT

Approved For Release 2007/12/14 : CIA-RDP83-00418R005400300001-7

Page Denied

Approved For Release 2007/12/14 : CIA-RDP83-00418R005400300001-7

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 15. Januar 1956

Nr. 2

INHALTSVERZEICHNIS

| | Seite | | Seite |
|--|-------|--|-------|
| A. Allgemeiner Teil | | | |
| 2. Berichtigung zur Mitteilung betr. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Beitrag für Wohngebäude der VEB — (veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 4/55 vom 1. 12. 55 zu A 7) | 1 | 9. Zahlung von Nachzuschlägen | 10 |
| 3. Buchungsanweisung — Rückrechnung — | 1 | 10. Haftung bei Projektierungsfehlern — Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (2) — | 11 |
| 4. Aufstellung der zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen, die das Gebiet der Staatlichen Bauaufsicht betreffen — Stand Dezember 1955 — | 2 | II. Baustoffindustrie | |
| 5. Buchungsanweisung für die Abrechnung des Planes Forschung und Technik | 8 | 1. Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 — GBl. Sonderdruck 123 vom 15. 11. 55 — | 11 |
| B. Besonderer Teil | | 2. Richtlinien der Baustoffindustrie für die Durchführung der Materialabrechnung der Bedarfsträger nach dem Formblatt 45 (monatlicher Kurzbericht) und nach dem Formblatt 46 (Quartalsbericht) über die Materialbewegung | 11 |
| I. Technik und Entwurf | | 3. Fachkontenrahmen, D-Fonds und Quartalsprämie — Mitteilung an die Betriebe der Baustoffindustrie — | 15 |
| 6. Zweite Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen auf Grund der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 17. 2. 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBl. I S. 175) | 9 | III. Bauindustrie | |
| 7. Anweisung zur Regelung der Annahme von Auslandsaufträgen | 10 | 2. Hinweis für die Aufstellung der Kostenpläne — Festpreiskatalog — | 16 |
| 8. Berücksichtigung der Anfuhrwege und Abtragsverhältnisse bei der Projektierung von Baulichkeiten | 10 | 3. Materialabrechnung der Bauindustrie im Planjahr 1956 | 16 |
| | | C. Buchbesprechungen | |
| | | 1. Die Finanzrevision von Bauorganisationen | 16 |

A. Allgemeiner Teil

2. **Berichtigung zur Mitteilung betr. Gesetz über die Versicherung der volkseigenen Betriebe — Beitrag für Wohngebäude der VEB — (Veröffentlicht in Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau Nr. 4/55 vom 1. 12. 1955, Seite 1 zu A 7.)**
Der 1. Absatz der 7. Mitteilung muß richtig heißen: Von der Deutschen Versicherungsanstalt wird mitgeteilt, daß der Beitragssatz für Wohngebäude der volkseigenen Betriebe ab 1. 1. 1956 von 1‰ auf 0,5‰ (nicht von 1 % auf 0,5 %) ermäßigt wird.
3. **Betr.: Buchungsanweisung — Rückrechnung**
Auf Grund des Abschnitts V der Verordnung vom 6. 1. 1955 über die Verwendung der Gewinne in

den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft (Gesetzblatt I Seite 23) hatten die Betriebe im I. Quartal 1955 die Netto-Gewinne an ihre zuständige Hauptverwaltung abzuführen. Eine Verwendung von Gewinnanteilen als Zuführung zum Fonds für Investitionen fand nicht statt; zur Finanzierung der planmäßigen Investitionen erhielten die Betriebe Darlehen über die Deutsche Investitionsbank.

Die im I./1955 an die HV abgeführten Gewinne, einschl. der lt. Plan für Investitionen vorgesehenen Gewinnanteile, sind zu Lasten des Kontos 9314 — an die Verwaltung zur Umverteilung abgeführte Plan-gewinne — gebucht worden.

Die im I./1955 von der DIB ausgereichten Darlehen zur Finanzierung von Investitionen haben im Regel-

Achtung!

Neuanforderungen und Änderungen zum „Bezug der „Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau“ sind nicht an den VEB Deutscher Zentralverlag, sondern an die Pressestelle des Ministeriums für Aufbau, Berlin O 17, Postschließfach 150, zu richten. Bisher eingesandte Anforderungen sind im neuen Verteilerschlüssel berücksichtigt worden und brauchen nicht erneut eingereicht werden.

... falle zur Bildung des Fonds für Investitionen (Konto 975) in Höhe des tatsächlich in Anspruch genommenen Teils des Darlehens geführt. Nur in den Fällen, in denen Betriebe das Limit des Darlehens zu Lasten des Sonderbankkontos 2401 — Sonderbankkonto Investitionen (erteilte Limite der DIB) — gebucht haben, erfolgt eine Speisung des Fonds für Investitionen in Höhe des Limits unabhängig von der tatsächlichen Inanspruchnahme des Darlehens.

Nachdem die Verrechnung der Darlehen gem. Abschnitt V der VO vom 6. 1. 55 über die Verwendung der Gewinne in den Betrieben der volkseigenen Wirtschaft auf der Ebene der Hauptverwaltungen mit dem Staatshaushalt und der DIB erfolgte, ist es erforderlich, in den Betrieben die entsprechenden Umbuchungen vorzunehmen.

Um innerhalb der Gewinnverwendung eine richtige Darstellung zu erhalten, ist in Höhe des effektiv in Anspruch genommenen Darlehens wie folgt zu buchen:

9312 — Zuführung zum Fonds für Investitionen —
an 9314 — an die Verwaltung zur Umverteilung abgeführte Plangewinne.

Betriebe, die die Gewinnabführung im 1./55 zu Lasten eines anderen Kontos der Kontogruppe 93 gebucht haben, erkennen das entsprechende Konto.

Betriebe, die das Darlehen in Höhe des erteilten Limits eingebucht hatten, berichtigen außerdem durch die Buchung

975 — Fonds für Investitionen —
an 2401 — Sonderbankkonto Investitionen
(erteilte Limite der DIB)

in Höhe des nicht in Anspruch genommenen Teiles des Darlehens.

4. Aufstellung der zur Zeit gültigen gesetzlichen Bestimmungen, die das Gebiet der Staatlichen Bauaufsicht betreffen — Stand Dezember 1955 —

Gesetze, Verordnungen, Anweisungen

- Das Gesetz über den Aufbau der Städte in der DDR und in der Hauptstadt Deutschlands, Berlin (Aufbaugesetz), v. 6. 9. 50 mit Durchführungsbestimmungen.
- Die örtlich gültige Bauordnung (Baugesetz)
- Sonderbauordnung für Schornsteinanlagen, Verbindungsstücke und Feuerstätten v. 1. 7. 1955 (Sonderdruck 94, Zentralverlag Berlin)
- Sonderbauordnung für Versammlungsräume und Theater v. 1. 7. 55 (Sonderdruck 95, Zentralverlag Berlin)
- Die Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht v. 17. 2. 55 mit 1. und 2. Durchführungsbestimmung (GBl. I 18/55), sowie 3. Durchführungsbestimmung (GBl. I 97/55)
- VO zur Vorbereitung von Investitionsvorhaben v. 20. 1. 55 (GBl. I S. 88)
(wird Anfang 1956 durch eine neue Verordnung ersetzt)
- VO zur Durchführung des Investitionsplanes und des Generalreparaturplanes sowie der Lizenzen v. 20. 1. 55 (GBl. I S. 77)
- Anordnung über die bautechnische Gütekontrolle in den volkseigenen Entwurfsbüros und Baubetrieben v. 23. 6. 55 (GBl. II 35/55, S. 218)
- Die VO über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen v. 6. 2. 53 (GBl. 19/53 S. 265)
- Gesetz zur Sicherung der Lagerstätten von Bodenschätzen gegen Bebauung v. 14. 33. 51 (GBl. S. 199) sowie 1. und 2. Durchführungsbestimmung v. 10. 6. 54 (GBl. S. 633)
- Erste Anordnung über die Festsetzung eines bergbaulichen Schutzgebietes v. 18. 11. 55 (GBl. I 102/55 S. 851)
- Erste Anordnung über die Voraussetzung für die polizeiliche Freigabe von baulichen Anlagen für Massenveranstaltungen v. 1. 3. 52 (GBl. S. 187)
- VO zum Schutz und zur Erhaltung der vor- und frühgeschichtlichen Bodenaltertümer v. 28. 5. 54 (GBl. S. 547), mit Durchführungsbestimmung
- Anordnung über die bautechnische Autorenenkontrolle v. 6. 9. 55 (GBl. I 77/55 S. 631)
- Anordnung über die Durchführung der Architekturkontrolle v. 18. 11. 55 (GBl. I 101/55 S. 144)
- VO über die hygienische Überwachung der Brunnen v. 3. 8. 51 (GBl. S. 795)
- VO über die hygienische Überwachung von Wasser und Abwasser v. 23. 7. 53 (GBl. S. 913)
- VO über die Hygieneinspektion v. 4. 12. 52 (GBl. S. 1271), mit Durchführungsbestimmung
- VO über die Verwendung volkswirtschaftlich wichtiger Materialien — Einführung von Materialeinsatzlisten und Verwendungsverboten — v. 28. 5. 53 (GBl. S. 795), mit Verwendungsverbotslisten
- Richtlinien zur Einsparung von Metallen im Bauwesen vom 15. 5. 53 (ZBl. 18/53 S. 236)
- Anordnung über den baulichen Holzschutz in gedeckten Räumen v. 25. 8. 53 (ZBl. 34/53 S. 435) und Anweisung dazu vom gleichen Tage (ZBl. S. 436)
- Anordnung über die Imprägnierung des im Freien zur Verwendung gelangenden Holzes v. 27. 9. 51 (GBl. S. 897)
- Die Bekanntmachungen über die Anerkennung von Holzschutzmitteln (GBl. S. 706/52), (ZBl. 169/53), (ZBl. S. 461/53), (ZBl. S. 531/54), (GBl. II 60/55 S. 403)
- Richtlinien zur Senkung des Holzverbrauches im Bauwesen vom 7. 2. 55 (3. Sonderheft 1955 der „Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie“)
- Verfügung über den Schallschutz im Hochbau vom 7. 2. 53 (ZBl. S. 37)
- Anweisung zur Gewährleistung der Standsicherheit auskragender Bauteile v. 16. 9. 53 (ZBl. 37/53 S. 470)
- Anordnung über die Anwendung des Traglastverfahrens für die Bemessung im Stahlbetonbau vom 11. 3. 55 (GBl. II S. 108)
- Anordnung über die Benutzung von Grundstücken zum Zwecke der Energieversorgung v. 10. 9. 54 (GBl. S. 807)
- Anordnung über die Anwendung der Lehmbaumweise und die Ausbildung lehmbautechnischer Kader v. 24. 10. 55 (GBl. II 60/55 S. 395)
- Anordnung für den Entwurf und die Ausführung von bituminösen Bauwerksdichtungen v. 22. 5. 54 (ZBl. S. 218)
- Beschluß des Ministerrates über die Erweiterung der Austauschproduktion für Holz und zur weiteren Einsparung von Holz v. 29. 9. 55 (GBl. I 86/55 S. 681)
- Anordnung über die Anwendung von Typen für landwirtschaftliche Nutzbauten — Vorläufige zentrale Typenliste — vom 25. 3. 55 (GBl. II S. 149)
- Anordnung über die Anwendung von Typen für landwirtschaftliche Wohnbauten — Vorläufige zentrale Typenliste — vom 21. 6. 55 (GBl. II S. 206)
- Anordnung über die Anwendung von Typen im volkseigenen Wohnungsbau und den individuellen Eigenheimbau — Vorläufige zentrale Typenliste — v. 6. 7. 55 (GBl. II 38/55 S. 244)

35. Anordnung über die Anwendung von Typenreihen für Holzfenster und Holztüren v. 3. 1. 55 (GBl. II 2/55 S. 14)
36. Anordnung über die Ausarbeitung, Bestätigung und Anwendung von Typen im Bauwesen v. 15. 11. 55 (GBl. II 61/55 S. 406)
37. Anordnung vom 8. 12. 55 über die komplexe Planung (GBl. I)
38. Richtlinien für die nachträgliche äußere Verkleidung von Bauwerken mit keramischen nichtporösen Platten v. 28. 1. 55
- Nr. 196/55 — Standsicherheit der Wände und Bauteile bei Lehmbauten (Dienstanweisung Nr. 182)
- Nr. 197/55 — Belastete Innenwände aus Mauerwerk mit Dicken = 24 cm
Direktive für die Instandsetzung von Altwohnungen im Jahre 1955 v. 4. 1. 54
Begriff, Anwendung und Verarbeitung des Baustoffes Lehm (Lehmbauordnung) v. 23. 12. 53 (1. Sonderheft 1/53 der „Mitteilungen für die volkseigene Bauindustrie“)
- Verzeichnisse der vom Entwurfsbüro für Typung herausgegebenen und zur Zeit gültigen Arbeiten (Stand II. Quartal 1955) betreffend:
- a) Gesellschaftliche Bauten,
b) Wohnungsbauten,
c) Ländliche Bauten,
d) Industriebauten,
e) Elemente,
f) Hilfsmittel
- Nr. 26/52 — Gerüstordnung DIN 4420 und ASB 331 — GBl. 61 — v. 11. 5. 53
- Nr. 11/54 — Ländliches Bauwesen — Arbeitsanweisung für die Abteilung Aufbau der Räte der Bezirke
- Nr. 110/54 — Bearbeitung wasserwirtschaftlicher Vorprojekte und Projekte
- Nr. 119/54 — Behandlung von Koordinaten und Höhen
- Nr. 133/54 — Senkung des Holzverbrauches
- Nr. 170/55 — Anwendung von Steinholzfußböden
- Nr. 182/55 — Über die Standsicherheit der Wände und Bauteile bei Lehmbauten
- sowie alle weiteren bisher erlassenen Gesetze, Verordnungen, Dienstanweisungen und Rundschreiben bzw. die erlassen werden und für die Arbeit der Staatlichen Bauaufsicht maßgebend sind.

DIN-Blätter, die als Richtlinien für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht gelten

| DIN Nr. | Gegenstand der Vorschrift | Verbindlichkeits- erklärung |
|------------|---|--------------------------------|
| 104 | Holzbalkendecken | ZBl. 18/52 |
| Bl. 1 | Balken auf zwei Stützen Berechnung | |
| 105 | Mauerziegel | ZBl. 4/52 |
| 106 | Kalksandsteine (Mauersteine) dazu Anweisung zur Anwendung von DIN 4108 — Wärmeschutz im Hochbau — vom 2. 3. 52 | ZBl. 9/53 |
| 278 | Tonhohlplatten (Hourdies) | GBl. S. 442/53 |
| 398 | Hüttensteine (Mauersteine) | ZBl. 12/53 |
| 1045 | Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton | ZBl. 4/52 |
| 1046 | Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton Bestimmungen für Ausführung von Stahlsteindecken | ZBl. 16/50 |
| 1047 | Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton Bestimmungen für Ausführung von Bauwerken aus Beton | ZBl. 16/50 |
| 120 | Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen | ZBl. 24/53 |
| Bl. 1 u. 2 | Grundsätze für die bauliche Durchbildung | |
| 120 | Berechnungsgrundlagen für Stahlbauteile von Kranen und Kranbahnen | ZBl. 24/53 |
| Beibl. | Erläuterungen Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53 | |
| 1050 | Berechnungsgrundlagen im Hochbau | ZBl. 16/50 |
| 1050 | Berechnungsgrundlagen für Stahl im Hochbau | |
| Bl. 2 | Sechskantschrauben mit Sechskantmutter Rohe Scheiben Metrische Gewinde | ZBl. 34/51 |
| 1051 | Berechnungsgrundlagen für Grauguß im Hochbau | ZBl. 34/51 |
| 1052 | Holzbauwerke Berechnung und Ausführung | ZBl. 12/53 |
| 1053 | Mauerwerk Berechnung und Ausführung dazu Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53 | ZBl. 24/53 |
| 1054 | Richtlinien für die zulässige Belastung des Baugrundes und der Pfahlgründung dazu Anweisung zur Anwendung vom 23. 2. 54 ZBl. S. 76 | ZBl. 16/50 |
| 1055 | Lastannahmen für Bauten | |
| Bl. 1 u. 2 | Bau- und Lagerstoffe Bodenarten und Schüttgüter | ZBl. 34/51 |

| DIN Nr. | Gegenstand der Vorschrift | Verbindlichkeits- erklärung |
|------------------------------|---|--------------------------------|
| 1055 Bl. 3 | Lastannahmen für Bauten Verkehrslasten | ZBl. 34/51 |
| 1055 Bl. 4 u. 5 Beibl. | Lastannahmen im Hochbau Verkehrslasten — Windlast — Schneelasten — Erläuterungen | ZBl. 34/51 |
| 1072 | Straßen- und Wegebrücken Lastannahmen dazu Anweisung zur Anwendung vom 20. 5. 54 ZBl. S. 243/54 | ZBl. S. 243/54 |
| 1073 | Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken | ZBl. 16/50 |
| 1073 Anhang | Berechnungsgrundlagen für stählerne Straßenbrücken, Anhang | ZBl. 16/50 |
| 1074 | Holzbrücken; Berechnung und Ausführung | ZBl. 16/50 |
| 1075 | Massive Brücken Berechnungsgrundlagen | ZBl. 18/52 |
| 1102 | Holzvolle- Leichtbauplatten nach DIN 1101 im Hochbau Richtlinien für die Verwendung | ZBl. 18/52 |
| 1116 | Betondachsteine, Biberschwanz | ZBl. S. 547/54 |
| 1118 | Betondachsteine, Pfanne | GBL II S. 113/55 |
| 1164 | Portlandzement, Eisenportlandzement, Hochofenzement | ZBl. 18/52 |
| 1986 Bl. 1 u. 2 | Grundstücksentwässerungsanlagen | ZBl. S. 354/54 |
| 1997 | Absperrvorrichtungen in Grundstücksentwässerungsanlagen, Baugrundsätze | ZBl. 34/53 |
| 4021 | Grundsätze für die Entnahme von Bodenproben zur Untersuchung des Untergrundes für Bau- und Wassererschließungszwecke | ZBl. 20/50 |
| 4022 | Einheitliches Benennen der Bodenarten und Aufstellen der Schichten- verzeichnisse zur Untersuchung des Untergrundes für Bau- und Wasser- erschließungszwecke | ZBl. 16/50 |
| 4024 | Stützkonstruktionen für rotierende Maschinen (vorzugsweise Tischfunda- mente für Dampfturbinen) | GBL II 59/55 |
| 4028 | Bestimmungen für Herstellung und Verlegung von Stahlbeton-Hohldielen | ZBl. 16/50 |
| 4030 | Beton in betonschädlichen Wässern und Böden Richtlinien für die Ausführung | GBL II S. 113/55 |
| 4074 | Bauholz-Gütebedingungen | ZBl. 16/50 |
| 4100 | Vorschriften für geschweißte Stahlhochbauten | ZBl. 16/50 |
| 4101 | Vorschriften für geschweißte, vollwandige, stählerne Straßenbrücken | ZBl. 16/50 |
| 4106 | Wanddicken für Wohnungsbauten Decken als Balken auf zwei Stützen, rechtwinklig zur Mittelwand gespannt dazu Anweisung zur Anwendung vom 1. 11. 53 ZBl. 42/53 | ZBl. 43/53 |
| 4108 | Wärmeschutz im Hochbau dazu Anordnung zur Anwendung vom 3. 3. 53 ZBl. 9/53 | ZBl. 49/52 |
| 4111 Bl. 1 | Stählerne Bohrtürme für Tiefbohrungen Stählerne Fördertürme für Erdölgewinnung — Berechnungsgrundlagen | ZBl. 34/51 |
| 4112 | Berechnungsgrundlagen für Fliegende Bauten dazu Anweisung zur Anwendung vom 25. 6. 53 ZBl. 24/53 | ZBl. 24/53 |
| 4114 Bl. 1 | Stahlbau Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) — Berechnungsgrund- lagen — Vorschriften dazu Anweisung zur Anwendung vom 31. 8. 53 ZBl. 34/53 | ZBl. 49/52 |
| 4114 Bl. 2 | Stahlbau Stabilitätsfälle (Knickung, Kippung, Beulung) — Berechnungsgrund- lagen — Richtlinien | ZBl. 34/53 |
| 4117 | Abdichtung von Hochbauten gegen Erdfeuchtigkeit — Richtlinien | ZBl. 34/51 |
| 4118 | Fördergerüste für den Bergbau Lastannahmen und Berechnungsgrundlagen | ZBl. 4/52 |
| 4120 | Sparsames Bauen, Richtlinien für bauwirtschaftliche Maßnahmen | ZBl. 4/52 |
| 4135 | Technische Vorschriften für Tiefbau — Einbau von Stadtentwässerungs- leitungen | ZBl. 16/50 |

| DIN Nr. | Gegenstand der Vorschrift | Verbindlichkeits- erklärung |
|------------------|---|--------------------------------|
| 4150 | Erschütterungsschutz im Bauwesen | ZBl. 4/52 |
| 4158 | Deckenhohlkörper aus Leichtbeton für Stahlbeton-Rippendecken | ZBl. 20/50 |
| 4159 | Lochziegel für Stahlsteindecken | ZBl. 20/50 |
| 4160 | Lochziegel für Stahlbeton-Rippendecken | ZBl. 20/50 |
| 4164 | Gas- und Schaumbeton | ZBl. 12/53 |
| 4172 | Maßordnung im Hochbau | ZBl. 4/52 |
| 4174 | Geschoßhöhen und Treppensteigungen | ZBl. 4/52 |
| 4207 | Mischbinder | ZBl. 20/50 |
| 4208 | Anhydritbinder dazu Anordnung zur Anwendung vom 12. 12. 52 GBl. 179 S. 1348 | |
| 4225 | Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton; Fertigbauteile aus Stahlbeton, Richtlinien für Herstellung und Anwendung | ZBl. 42/52 |
| 4226 | Bestimmungen des Deutschen Ausschusses für Stahlbeton; Betonzuschlagstoffe aus natürlichen Vorkommen, vorläufige Richtlinien für die Lieferung und Abnahme | ZBl. 20/50 |
| 4227 | Spannbeton, Richtlinien für die Bemessung und Ausführung dazu Anweisung zur Anwendung vom 11. 9. 54 ZBl. S. 453 | ZBl. S. 453/54 |
| 4229 | Tragwerke aus Glasstahlbeton Grundsätze für die Ausführung | ZBl. 34/51 |
| 4230 | Rohrbrücken aus Stahlbeton | ZBl. 20/50 |
| 4232 | Geschüttete Leichtbetonwände für Wohn- und andere Aufenthaltsräume Richtlinien für die Ausführung | ZBl. 12/50 |
| 4233 | Balken- und Rippendecken aus Stahlbeton-Fertigbalken und Füll- körpern — F-Decke — | ZBl. S. 244/54 |
| 4234 | Stahlbetonmaste — Bestimmungen für die Bemessung und Herstellung | ZBl. 43/53 |
| 4261 | Vorläufige Richtlinien für die Verwendung, den Bau und den Betrieb von Grundstückskläranlagen | ZBl. 20/50 |
| 4411 | Leitergerüste | |
| 4420 | Gerüstordnung (Änderung des Absatzes „Grundsatz“) „Für den Bereich der DDR gelten anstelle der Unfallverhütungs- vorschriften die einschlägigen ASB.“ | ZBl. 1/53 |
| 5034 | Leitsätze für Tagesbeleuchtung | ZBl. 4/52 |
| 18017 | Lüftung innenliegender Bäder und Spülaborte durch senkrechte Schächte und Querkanal ohne Motorenkraft dazu Anweisung zur Anwendung vom 1. 6. 53 ZBl. 21/53 | ZBl. 42/52 |
| 18081 | Feuerbeständige Stahltür (Fb 1 — Tür) dazu Anweisung zur Anwendung vom 11. 9. 54 ZBl. S. 453 | ZBl. S. 546/54 |
| 18151 | Hohlblocksteine aus Leichtbeton | ZBl. 49/52 |
| 18152 | Vollsteine aus Leichtbeton | ZBl. 49/52 |
| 18162 | Wandbauplatten aus Leichtbeton (unbewehrt) | ZBl. S. 547/54 |
| 18163 | Wandbauplatten aus Lehm | ZBl. S. 611/54 |
| 18500 | Betonwerkstein, Güte, Prüfung und Überwachung | GBl. II 59/55 |
| 52211 | Schalldämmzahl und Norm — Trittschallpegel — Einheitliche Mitteilung und Bewertung von Meßergebnissen dazu Anweisung zur Anwendung vom 4. 3. 54 ZBl. S. 94 | ZBl. S. 94/54 |
| TGL 71 : 1 | Industriehallen; einschiffig, Grundmaße | |
| TGL 71 : 4 | Tragende Wände aus Beton und Stahlbeton im Hochbau — Vorläufige Richtlinien für Bemessung und Ausführung | GBl. II 59/55 |
| TGL 32335 : 1 | Aufzüge | |
| ETB | (Einheitlich technische Baubestimmungen) Okt. 55 Beibl. zu DIN 106 Beibl. 1 (enthält Ergänzungen und Änderungen von DIN. 1053, 1055, 4102, 4106, 4108, 4109) | |

DIN-Blätter, die als Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht gelten

Zum Teil ist die Verbindlichkeitserklärung dieser Normblätter noch nicht erfolgt, weil sie sich in Überarbeitung befinden, zum Teil kommt die Verbindlichkeitserklärung nicht in Frage, da es sich um Normblätter handelt, die lediglich als Hinweis zur Bearbeitung bautechnischer Fragen dienen.

| DIN Nr. | Gegenstand der Vorschrift |
|------------|---|
| 1056 | Grundlagen für die Ausführung freistehender Schornsteine, Ausgabe August 1940 |
| 1057 | Schornsteinmauersteine, Ausgabe August 1940 |
| 1058 | Säureschornsteine, Ausgabe Oktober 1944 |
| 1060 | Baukalk, Ausgabe Juli 1955 |
| 1168 | Baugipse, Ausgabe März 1955 |
| 2425 | Richtlinien für Rohrnetzpläne der Gas- und Wasserversorgung, Ausgabe Februar 1940 |
| 4031 | Wasserdruckhaltende Dichtungen für Bauwerke, wasserhaltende Dichtungen aus nackten Teerpappen oder nackten Asphalt-Bitumen-Platten, Ausgabe März 1952 |
| 4102 | Widerstandsfähigkeit von Baustoffen und Bauteilen gegen Feuer und Wärme, Ausgabe November 1940 |
| 4103 | Leichte Trennwände — Richtlinien für die Ausführung, Ausgabe Juni 1950 |
| 4107 | Richtlinien für die Beobachtung der Bewegung entstehender und fertiger Bauwerke, Ausgabe Februar 1937 |
| 4110 | Technische Bestimmungen für Zulassung neuer Bauweisen, Ausgabe Februar 1944 |
| 4115 | Stahlleichtbau und Stahlrohrbau im Hochbau, Richtlinien für die Zulassung, Ausführung, Bemessung, Ausgabe August 1950 |
| 4121 | Hängende Drahtputzdecken (Rabitzdecken), Richtlinie für die Ausführung, Ausgabe August 1951 |
| 4129 | Trag- und Abspannseile von Kranen, Ausgabe Februar 1948 |
| 4163 | Ziegelsplittbeton, Bestimmungen für Verwendung und Herstellung, Ausgabe Februar 1951 |
| 4209 | Braunkohlenasche als Bindemittel, Ausgabe Mai 1948 |
| 4210 | Sulfathüttenzement, Ausgabe Februar 1954 |
| 4235 | Innenrüttler zum Verdichten von Beton, Ausgabe Oktober 1955 |
| 4701 | Regeln für die Berechnung des Wärmebedarfs von Gebäuden, Ausgabe Juli 1947 |
| 5035 | Innenraumbeleuchtung mit künstlichem Licht — Zeitsätze, Ausgabe Juli 1953 |
| 14010 | Klassifizierung der Brände, Ausgabe Juli 1954 |
| 18012 | Hausanschlußraum, Bautechnische Richtlinien, Ausgabe Oktober 1955 |
| 18052 | Einfachfenster, Ausgabe Oktober 1955 |
| Bl. 1 u. 2 | |
| 18550 | Putz, Baustoffe und Ausführung, Ausgabe Oktober 1955 |
| 52180 | Holzprüfungen, Allgemeine Grundsätze, Ausgabe Juni 1952 |
| 52181 | Holzprüfungen, Bestimmung der Wuchseigenschaften, Ausgabe Mai 1952 |
| 52183 | Holzprüfungen, Bestimmung des Feuchtigkeitsgehaltes, Ausgabe Juni 1952 |
| 52184 | Holzprüfungen, Schwind- und Quellversuch, Ausgabe April 1952 |

| DIN Nr. | Gegenstand der Vorschrift |
|---------|--|
| 52185 | Holzprüfungen, Druckversuche in Faser- richtung, Ausgabe Dezember 1954 |
| 52185 | Holzprüfungen, Druckversuch quer zur Faser- richtung, Ausgabe Dezember 1954 |
| 52187 | Holzprüfungen, Scherversuch, Ausgabe November 1954 |
| 52360 | Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955 |
| 52361 | Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955 |
| 52362 | Holzspanplatten, Ausgabe Januar 1955 |
| †† | Spannstahl und Spannverfahren für Spann- beton nach DIN 4227 — Vorläufige Richtlinien für die Prüfungen auf Zulassung und Abnahme, Ausgabe Oktober 1954 |

Arbeitsschutzbestimmungen

| ASB Nr. | Gegenstand der Bestimmungen |
|---------|--|
| 2 | Pflichten und Rechte der Beschäftigten |
| 11 | Arbeitsräume, Fenster, Türen, Treppen, Beleuchtung, Heizluken, Verkehrswege |
| 12 | Ausziehbare Leitern |
| 17 | Transport |
| 18 | Lagerung |
| 20 | Erste Hilfe und Verhalten bei Unfällen |
| 101 | Viehhaltung |
| 102 | Huf- und Klauenbeschlag |
| 105 | Dreschmaschine, Strohpressen und Strohbinder |
| 106 | Häckselmaschinen und andere Futter- aufbereitungsanlagen |
| 107 | Landwirtschaftliche Maschinen und Geräte |
| 141 | Öffentliche Beleuchtung |
| 142 | Gaswerke |
| 143 | Wasserwerke |
| 144 | Entwässerungswerke |
| 154 | Ofenbetriebe der Industrie der Steine und Erden |
| 155 | Keramische Industrie |
| 158 | Verhütung von Bleierkrankungen in den Be- trieben der keramischen Industrie |
| 161 | Hochöfen, Niederschächte und Gichtgas- leitungen |
| 164 | Elektro-Lichtbogenöfen |
| 165 | Walzwerke |
| 166 | Drahtzieh- und Drahtstiftmaschinen |
| 167 | Hammerwerke und Schmiedepreßwerke |
| 181 | Gießereien (Grau-, Temper-, Stahl-, Metallguß) |
| 183 | Magnesiumlegierungen |
| 191 | Montage von Stahlbauten |
| 192 | Metallbearbeitung |
| 194 | Zyanidhärten |
| 195 | Metallbrennen |
| 196 | Wärmebehandlung von Leichtmetallen in Salpeterbädern |
| 201 | Besondere Arbeitsmaschinen der chemischen Industrie |
| 202a | Allgemeine Sprengstoffvorschriften |
| 202b | Herstellung von Schwarzpulver |
| 202c | Herstellung von rauchschwachem Pulver |

| ASB Nr. | Gegenstand der Bestimmungen | ASB Nr. | Gegenstand der Bestimmungen |
|---------|---|---------|---|
| 202d | Herstellung und Verarbeitung von Pikrinsäure und Trinitroresorin | 374 | Tankreinigungs- und Ausbesserungsarbeiten auf Schiffen und Öltanks |
| 202e | Herstellung und Verarbeitung von Trinitrotoluol | 391 | Stauereibetriebe |
| 202f | Herstellung von Nitroglyzerinsprengstoffen | 445 | Infektionsverhütung |
| 202g | Herstellung von Ammonsalpetersprengstoffen | 491 | Tapezier- und Dekorationsbetriebe |
| 202h | Herstellung von Zündschnüren und elektrischen Zündern | 511 | Kraftmaschinen einschl. Göpel |
| 202i | Herstellung von Sprengkapseln und Zündhütchen | 513 | Generatoren und Generatorgasleitungen |
| 202k | Herstellung von Feuerwerkskörpern jeder Art | 521 | Kompressoren |
| 202l | Laden und Entladen von Patronen für Feuerwaffen | 522 | Kälteanlagen |
| 202m | Herstellung von Chloratsprengstoffen | 530 | Arbeitsmaschinen (Allgemeines) |
| 204 | Herstellung von Lack, Firnis und Wachslösungen, Fettsieden und Bereiten von Degras sowie Schmelzen von Pech | 531 | Fallwerke |
| 205 | Betriebe, in denen aromatische Nitro- oder Amineverbindungen hergestellt oder regelmäßig in größeren Mengen wiedergewonnen werden | 532 | Kollergänge |
| 206 | Vorschriften für Betriebe zur Gewinnung und Verwendung von Phosphor | 535 | Waschmaschinen |
| 207 | Gewinnung und Verwendung von Blei und seinen Verbindungen | 537 | Rammen |
| 208 | Herstellung von Akkumulatoren aus Blei oder Bleiverbindungen | 541 | Triebwerke (Transmissionen) |
| 231 | Holzbearbeitung und Holzverarbeitung | 613 | Anstricharbeiten unter Anwendung des Spritz- und Tauchverfahrens |
| 232 | Holzbearbeitungsmaschinen | 614 | Lacktrockenöfen |
| 241 | Papier- und Pappenindustrie | 616 | Befahren von Behältern, Apparaten, Rohrleitungen, Gruben usw. |
| 251 | Papierverarbeitung | 622 | Verhütung von Staublungenerkrankungen (Silikose-Vorschriften) |
| 271 | Lederherstellung | 631 | Herstellung von Leitungsgräben und Verlegen von Leitungen in die Erde |
| 272 | Wachstuch- und Kunstlederherstellung | 711 | Verwendung von Trockeneis (feste Kohlensäure) |
| 281 | Lederverarbeitung | 721 | Verwendung von Salpetersäure |
| 292 | Roßhaarspinnerei, Haar- und Borstenzurichtereien sowie Bürsten- und Pinselmachereien | 722 | Arbeiten mit Flußsäure |
| 301 | Bekleidungsindustrie einschl. Reinigungsbetriebe, Schuhfabrikation, Lederverarbeitung — Mangeln, Wäschereien, Plätt- und Bügelmaschinen, Dekatier- und Appretiermaschinen | 723 | Arbeiten mit Quecksilber und seinen Verbindungen |
| 302 | Benzinwäschereien | 728 | Kennzeichnung der Lösungs- und Verdünnungsmittel sowie Kennzeichnung der Erzeugnisse, in denen Lösungs- oder Verdünnungsmittel enthalten sind |
| 303 | Verwendung gesundheitsschädigender flüchtiger, nichtbrennbarer Lösungsmittel zu Reinigungszwecken | 733 | Erzeugung und Verwendung von Kohlensäure in der Zuckerindustrie |
| 311 | Nahrungsmittelindustrie | 800 | Dampfkessel |
| 312 | Mühlenindustrie | 810 | Niederdruckkessel, Heiß- und Warmwasserbereiter |
| 313 | Schlachthöfe und fleischverarbeitende Betriebe | 820 | Betriebsvorschriften für Kesselwärter von Landdampfkesseln und auf Fahrzeugen der Binnenschifffahrt |
| 314 | Molkereien, Dauermilch- und Käsefabriken | 821 | Bedienung von Ölfeuerungen an Dampfkesselanlagen |
| 315 | Zuckerindustrie | 822 | Bedienung von Gasfeuerungen an Dampfkesselanlagen |
| 316 | Stärkefabriken | 823 | Bedienung von Staubfeuerungen an Dampfkesselanlagen |
| 317 | Fischverarbeitende Industrie | 860 | Umgang mit brennbaren Flüssigkeiten |
| 321 | Brauereien und Mälzereien | 866 | Verwendung von ortsbeweglichen Druckgasbehältern für Chlor |
| 322 | Herstellung von Mineralwasser | 867 | Verwendung von Stahlflaschen für verdichtetes Stadt-, Fern-, Klärgas oder Methan |
| 323 | Tabakverarbeitende Industrie | 869 | Zulassung von ortsbeweglichen Druckgasbehältern österreichischer Erzeugung |
| 324 | Brennereien und Spirituosenfabriken | 870 | Azetylen-Erzeugungsanlagen und Lagerung von Calcium-Carbid |
| 331 | Hochbau, Tiefbau und Baunebengewerbe | 871 | Bau und Betrieb von Azetylenfabriken |
| 335 | Unterkunft bei Bauten | 878 | Transport und Lagerung von flüssigem Sauerstoff in Tankbehältern |
| 336 | Schornsteinfegergewerbe | 900 | Überwachung elektrischer Anlagen |
| 345 | Bahnhofs- und Bahnpostdienst | 901 | Schaltberechtigte Personen für elektrische Starkstromanlagen |
| 353 | Gleisanlagen und Fahrleitungen | 904 | Errichtung und Betrieb elektrischer Anlagen |
| 361 | Fahrzeuge | 908 | Hebezeuge und Anschlagmittel |
| 362 | Ausbesserungswerkstätten für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren | 910 | Bauaufzüge |
| | | 952 | Elektromedizinische Anlagen |
| | | 955 | Errichtung und Überwachung von Blitzschutzanlagen |

5. Buchungsanweisung für die Abrechnung des Planes Forschung und Technik

Auf Grund der Anordnung vom 4. Oktober 1955 (GBL 1955 S. 669) wird folgende Buchungsanweisung erlassen:

1. **Aktivierung der Kosten für bereits abgerechnete Arbeiten** des Planes Forschung und Technik, die 1956 fortgesetzt oder 1956 in die Produktion übernommen werden, (Fortsetzungsthemen) gemäß § 3, Abs. 3 der Verordnung.

Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten

2. **Aktivierung von Grundmitteln**, die für die unter 1. genannten Forschungsaufträge angeschafft wurden.

Per 274 Forschung und Entwicklung
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten

3. **Buchung der zur Verfügung gestellten Mittel** für Arbeiten des Planes Forschung und Technik im Jahre 1956 gem. § 3, Abs. 1 der Verordnung

Per 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung
an 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten

4. **Abrechnung der Mittel für Forschung und Technik** gem. § 1, Abs. 1 der Verordnung

a) Beschaffung von Material

Per 182 Zweckgebundenes Material für Forschung und Entwicklung
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung

b) Beschaffung von Grundmitteln

Per 274 Forschung und Entwicklung — Grundmittel —
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferung und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung

c) Verbrauch fremder Leistungen

per 33 Verbrauch fremder Leistungen
an 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

Per 950 Verbindlichkeiten auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung

Per 40 Produktionskonto
an Ausgleichskonto Kl. 3

- d) Verbrauch von eigenem und zweckgebundenen finanziertem Material gem. § 1, Abs. 1

Per Kl. 3 Kostenarten Material
an 182 Zweckgebundenes Material für Forschung und Entwicklung
an Bestandskonten 11 — 16 —
Richtsatzgebundene Materialvorräte

e) Buchung der Löhne und anderer Kostenarten für Leistungen Forschung und Entwicklung
Die Buchung der Löhne und anderer Kostenarten erfolgt bis zur Belastung des Kontos 40 wie bei anderen Leistungen. Dies trifft auch für eigene Hilfsleistungen zu.

5. **Abrechnung des Forschungs- und Entwicklungsauftrages**

Per 605 Gesamtselbstkosten (bewertet zu Produktionsselbstkosten)
an 40 Produktionskonto

Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 600 Erlös

Buchung Rechnungsbetrag ohne bereits finanzierten Materialverbrauch (Abgänge Konto 182)

Per 220 Verrechnungskonto
an 243 Sonderbankkonto

6. **Abrechnung der Nullserie gem. § 1, Abs. 5 b** (Produktionsselbstkosten einschließlich Gewinn und Produktionsabgabe)

Per 605 Gesamtselbstkosten
an 40 Produktionskonto

Per 608 Produktionsabgabe
an 9602 Verbindlichkeiten gegenüber dem Staatshaushalt aus Produktionsabgabe

Per 43 Vorleistungen
an 600 Erlös

Per 220 Verrechnungskonto
an 243 Sonderbankkonto Forschung und Entwicklung

7. **Das Forschungsthema wird in die Produktion übernommen**

A) im Betrieb A, der die Forschung und Entwicklung durchgeführt hat (§ 4, Abs. 1)

a) Übernahme der Grundmittel

Per 00 Grundmittel der Industrie
an 274 Forschung und Entwicklung

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9040 Zugänge zum Grundmittelfonds

b) Verrechnung der Vorleistungen in die Selbstkosten der neuen Produktion

Per 40 Produktionskonto
an 43 Bestand an Vorleistungen

c) Abführung der Kosten Forschung und Entwicklung, die in die Warenproduktion verrechnet wurden

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten an den Haushalt (Kapitel 612)

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten
an 220 Bank-Verrechnungskonto

- B) **Forschungsthema wird zur Aufnahme in die Produktion an Betrieb B übergeben (§ 4, 4)**

Betrieb A bucht:

a) Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

b) Werden nach § 4, Abs. 3, von der zuständigen Hauptverwaltung bzw. übernehmenden Betrieb die Höhe der Forschungs- und Entwicklungskosten nicht voll anerkannt, ist zu buchen:

Der anerkannte Betrag wird gebucht:

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

Der nicht anerkannte Betrag gem. § 4, 3 b, wird gebucht:

Per 739 Sonstige Kosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 97120 Fonds für Forschung und Entwicklung
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten an den Haushalt
(Kapitel 612)

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten
an 220 Bank-Verrechnungskonto

c) Ausbuchung gem. § 4, Abs. 3, Ziffer c

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 43 Bestand an Vorleistungen

d) Betrieb B bucht gem. § 4

Per 274 Forschung und Entwicklung
an 97121 Übernommene Kosten aus Arbeiten des Planes Forschung und Technik

Werden dem Betrieb B Grundmittel aus dem Plan Forschung und Technik übergeben:

Bucht Betrieb A:

Per 97120 Fonds der Forschungs- und Entwicklungskosten
an 274 Forschung und Entwicklung

Betrieb B bucht:

Per 00 Grundmittel der Industrie
an 9040 Zugänge zum Grundmittelfonds

f) Amortisation der übernommenen Kosten

Per 33 Fremde Leistungen
an 274 Forschung und Entwicklung

Per 97121 Übernommene Kosten aus Arbeiten des Planes Forschung und Technik
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
(Kapitel 612)

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
an 220 Bank-Verrechnungskonto

8. Ausweis von Anlaufkosten gem. § 10

Per 43 Bestand an Vorleistungen
an 40 Produktionskonto

Per 263 Forderungen an die DIB
an 9710 Fonds für Anlaufkosten

Per 220 Bank-Verrechnungskonto
an 263 Forderungen an die DIB

9. Verrechnung der Anlaufkosten in die laufende Produktion

Per 40 Produktionskonto
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 9710 Fonds für Anlaufkosten
an 965 Verbindlichkeiten gegenüber der DIB

Per 965 Verbindlichkeiten gegenüber der DIB
an 220 Bank-Verrechnungskonto

10. Verkauf von Nullserie gem. § 1, Abs. 6

Per 25 Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen
an 43 Bestand an Vorleistungen

Per 97120 Fonds für Forschungs- und Entwicklungskosten
an 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
(Kapitel 612)

Per 220 Bank-Verrechnungskonto
an 25 Forderungen auf Grund von Warenlieferungen und Leistungen

Per 9609 Sonstige Verbindlichkeiten gegenüber dem Haushalt
an 220 Bank-Verrechnungskonto

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

6. Zweite Mitteilung über die Zulassung von Bausachverständigen auf Grund der Zweiten Durchführungsbestimmung vom 17. Februar 1955 zur Verordnung über die Staatliche Bauaufsicht (GBL I S. 175)

Auf Grund des Beschlusses der Zulassungskommission für Bausachverständige beim Ministerium für Aufbau vom 30. November 1955 sind folgende Bausachverständige zugelassen worden:

1. für Allgemeinen Hochbau

Eichler, Friedrich, Dipl.-Ing., Berlin-Pankow,
Clausthaler Straße 5
Kaatz, Bruno, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 153
Lehmann, Gerhard, Zernsdorf b/Königswusterhausen, Triftstraße 13
Becker, Eberhard, Dipl.-Ing., Halberstadt,
E.-Cotton-Straße 1
Denner, Wittenburg/M., Rosenstraße 14

2. für Statik und Konstruktion

Batareau, Prof., Dipl.-Ing., Hochschule für Architektur und Bauwesen, Weimar, Geschwister-Scholl-Straße 8
Dressel, Joh., Dipl.-Ing., Plauen, Nordstraße 8

3. für Wasserversorgung und Abwässerbeseitigung

Marung, Hans, Dipl.-Ing., Schwerin, Weinbergstr. 12

4. für Baugrund und Gründung

Lufsky, Karl, Dipl.-Ing., Berlin-Friedrichsfelde,
Marie-Curie-Allee 74

5. für Haustechnik

Böschel, Erwin, Dipl.-Ing., Berlin-Kaulsdorf,
Ferdinandstraße 12

6. für Wertermittlung

Hauffe, Walter, Dr., Dresden A 40, Poisenweg 8
Wannicke, Rudolf, Cottbus, Wernerstraße 20
Siegemund, Otto, Darze, Krs. Parchim
Blohm, Wilhelm, Neustrelitz, Th.-Münzer-Straße 18
Metzner, Rud. Dresden-W. H., An der Berglehne 1
Wolf, Fritz, Dresden A 36, Niedersiedlitzer Straße 26
Schawe, Friedrich, Wittenberge, Stalin-Allee 38
Stamm, Werner, Bad Köstritz, Rudolf-Breitscheid-Straße 13
Silge, Kurt, Pößneck, Hohe Straße 70
Moneke, Alwin, Meiningen, Schöne Aussicht 9
Schäfer, Moritz, Magdeburg, Winckelmannstraße 14
Kunith, Felix, Halberstadt, Eitzstraße 8
Trapper, Willy, Sonneberg, Schleicherstraße 16
Donath, Oskar, Meißen, Gabelsbergerstraße 2
Tetzner, Hermann, Dresden 46, Heinr.-Bauer-Str. 2
Gobsch, Erich, Hänichen, Nr. 60, Krs. Freital
Looke, Fritz, Oppach 181, Krs. Löbau/Sa.
Naue, Kurt, Dr., Dresden N 23, Wurzenener Straße 62

Herbig, Emil, Löbau, Weißenbergerstraße 37
 Röhl, Adolf, Berlin-Weißensee, Tassostraße 5
 Dahl, Albert, Rostock, Lowarkweg 8
 Feige, Paul, Rostock, Bleicherstraße 5
 Rolletschek, Schöneberg, Krs. Grevesmühlen,
 Kalter Damm 7
 Helbig, Karl, Karl-Marx-Stadt, Annenstraße 30
 Seftig, Felix, Potsdam-Babelsberg, Dieselstraße 58
 Frohloff, Paul, Beelitz, Berliner Straße 27
 Lüdke, Otto, Potsdam-Babelsberg, Wichgrafstr. 11
 Dase, Adolf, Pritzwalk, Meyenburger Tor 38
 Sander, Paul, Kölleda, Kreis Sömmerda, Bahnhof-
 straße 56
 Fischer, Emil, Saalfeld/S., Lutherstraße 4
 Richter, Fritz, Dresden N 52, Königsberger Straße 40
 Furkert, Rudolf, Dresden N 54, Schewenstraße 7
 Putzke, Arthur, Ludwigslust, Klenoverstraße 21
 Gessel, Otto, Dresden A 53, Reinhold-Becker-Str. 20
 Hillmann, Arno, Reichenbach/V., Markt 12
 Grunert, Fritz, Dipl.-Ing., Görlitz, Kamenzer Str. 5
 Strübing, Hermann, Waren/Müritz, Gustav-
 Melchert-Straße 5
 Sieges, Alex, Staßfurt, Hohenerxlebener Straße 25
 Gause, Gustav, Karl-Marx-Stadt, Walter-Oertel-
 Straße 40
 Schraps, Paul, Gera, Südstraße 47
 Hauptmann, Max, Bautzen, Boleslav-Bierut-Str. 19
 Mangold, Karl, Freiberg, Schönelebestraße 6
 Eschenbach, Franz, Gera, Texdorfer Weg 5
 Vogel, Kurt, Cottbus, Karl-Liebknecht-Straße 28
 Schwalbe, Willi, Schwerin, Goethestraße 7
 Backen, Detlef, Jena-Lobeda, Saalweg 10
 Richter, Hans, Dipl.-Ing., Greiz, Zentastraße 4
 Schultze, Leopold, Dipl.-Ing., Grimmen, Karl-
 Marx-Straße 11
 Päßler, Walther, Plauen, Dr.-Kurt-Fischer-Straße 53
 Haas, Oswin, Limbach-Oberfrohna, Kreis Karl-
 Marx-Stadt, Mittelstraße 2
 Schmeißer, Walter, Plauen i. V., Jöbnitzer Str. 82
 Kern, Paul, Dipl.-Ing., Plauen i. V., Schildstraße 28
 Kersting, Josef, Merseburg, Bez. Halle, Kinzigweg 11
 Pintrowa, Rudolf, Greiz, Vater-Jahn-Straße 10
 Dreßler, Georg, Hohnstein, Kreis Sebnitz, Bezirk
 Dresden, Dresdner Straße 17
 Bürgel, Max, Wilkau-Haßlau, Kreis Zwickau,
 August-Bebel-Straße 19
 Madaus, Ernst, Schwerin, Am Ziegelsee 25
 Thau, Gerhard, Pößneck, Raniserstraße 25
 Naundorf, Ernst, Rositz, Kreis Altenburg, Bezirk
 Leipzig, Querstraße 6
 Zimmer, Georg, Leipzig O 27, Naunhofer Straße 55
 Höche, Ottomar, Berlin-Mahlsdorf, Kiekemaler-
 straße 4
 Hellriegel, Otto, Leipzig N 22, Hannoversche Str. 20
 Friedrich, August, Berlin-Pankow, Binzstraße 62a
 Kießhauer, Hans, Gotha, Freiligrathstraße 10
 Schellhas, Hermann, Oranienburg, Heidelberger
 Straße 28
 Pippel, Paul, Leipzig W 33, Hahnemannstraße 1
 Prescher, Willi, Halle/Saale, Meckelstraße 14a
 Senst, Kurt, Hundeluft, Kreis Roßlau, Bezirk Halle,
 Dorfstraße 67
 Wegener, Richard, Sangerhausen, Borngasse 19
 Leonhardt, Hugo, Bad Bibra, Kreis Nebra, Bezirk
 Halle, Lauchaer Straße 73
 Menzel, Kurt, Weißenfels, Moritz-Hill-Straße 7
 Krimmling, Paul, Halle/Saale, Brüderstraße 5
 Wittig, Hermann, Glauchau, Otto-Schimmel-Str. 13
 Rößler, Walter, Karl-Marx-Stadt, Oberfrohnaer
 Straße 4
 Luther, Erwin, Dresden A 22, Niederwaldstr. 24 II
 Rothe, Herbert, Dresden A 28, Rud.-Renner-Platz 5
 Dunker, Johannes, Parchim, Stalin-Allee 20
 Kahl, Albert, Wittenberge, Ernst-Thälmann-Str. 12
 Raecke, Richard, Calbe/Saale, Kreis Schönebeck,
 Bezirk Magdeburg, Stalin-Allee 31

Standhardt, Wolfgang, Gotha, Dr.-Wilhelm-Külz-
 Straße 3
 Salzmann, Paul, Gotha, Katharinenstraße 1
 Höser, Erich, Gotha, Goethestraße 39
 Wolf, Hans-Joachim, Gotha, Reuterstraße 10
 Döring, Erich, Zittau, Rosa-Luxemburg-Straße 37
 Rödiger, Otto, Merseburg, Thomas-Münzer-Straße 58
 Mangold, Willi, Hohenkirchen, Hauptstraße 43
 Schubert, Hermann, Bedheim Nr. 114, Kreis Hild-
 burghausen
 Fexer, Georg, Eisenach, Clemensstraße 3a
 Golle, Moritz, Dipl.-Arch., Greiz, Gartenweg 2b
 Becker, Eberhard, Dipl.-Ing., Halberstadt,
 E.-Cotton-Straße 1
 Denner, Gerhard, Wittenburg/M., Rosenstraße 14
 Prendke, Paul, Buckow, Clara-Zetkin-Straße 36
 Strach, Paul, Cottbus, Bahnhofstraße 62
 Steinmüller, Max, Leipzig N 22, Cöthnerstraße 52 I
 Markgraf, Kurt, Rodewisch/Vogtl., Lengenfelder
 Straße 16

7. Anweisung zur Regelung der Annahme von Auslandsaufträgen

Zur Gewährleistung einer termingerechten Erfüllung der Exportverpflichtungen durch die Entwurfsbüros für Industriebau des Ministeriums für Aufbau und zur Sicherung eines kontinuierlichen Ablaufes der Projektierung für die Investitions- und Lizenzvorhaben in der Deutschen Demokratischen Republik werden ab 1. 1. 1956 für die bautechnische Projektierung von Vorhaben im Ausland vom Ministerium für Aufbau, HV Städtebau und Entwurf, Abteilung Planung, an die Entwurfsbüros für Industriebau des Ministeriums für Aufbau Auflagen erteilt.

Den Entwurfsbüros für Industriebau des Ministeriums für Aufbau ist es nicht gestattet, Aufträge für Projektierungen von Auslandsvorhaben (auch Teilprojektierung) anzunehmen und zu bearbeiten, wenn sie nicht von der HV Städtebau und Entwurf mit der Projektierung dieser Vorhaben schriftlich beauftragt sind.

Die nach der Beauftragung durch die HV Städtebau und Entwurf erforderlichen Verhandlungen für die Auftragsübernahme und den Vertragsabschluß mit den Auftraggebern sind weiterhin von den Entwurfsbüros in eigener Verantwortung durchzuführen.

8. Berücksichtigung der Anfuhrwege und Abtragsverhältnisse bei der Projektierung von Baulichkeiten

Auf den ökonomischen Tagungen der Niederlassungen der DHZ Kohle wurde wiederholt bemängelt, daß bei der Projektierung von Neubauten die Fragen der Anfuhrwege und die Abtragsverhältnisse oft nur unzulänglich berücksichtigt würden. In einigen Fällen sind die Zugänge zu den Kellerräumen so ungünstig angelegt, daß die Brennstoffe bis zu 90 m getragen werden müssen. Die Zugänge zu den Kellerräumen für die Kohlenlagerung müssen so liegen, daß die Abtragswege so kurz wie möglich bleiben. Das gilt sowohl für die Anfahrt zu den Gebäuden als auch für das Abtragen im Hausinnern. Die Projektanten haben diesen Gesichtspunkten künftig mehr Beachtung zu schenken. In geeigneten Fällen sind Schüttlöcher für die Einlagerungen fester Brennstoffe vorzusehen.

9. Zahlung von Nachtzuschlägen

Es besteht Veranlassung darauf hinzuweisen, daß Nachtarbeitszuschläge nicht gezahlt werden können, wenn die Nachtarbeit ein besonderes Merkmal der Lohngruppe darstellt. Demgemäß hat das

Oberste Gericht mit Urteil vom 1. Juli 1955 („Arbeit und Sozialfürsorge“ 1955 Heft Nr. 10 S. 601) entschieden:

„Gehört die Nachtarbeit bereits zu den tariflichen Qualitätsmerkmalen der mit dem Grundlohn abgelohten Leistung des Werk-tätigen, so besteht kein Anspruch auf Gewähr-ung von Zuschlägen für Nachtarbeit.“

Im Zusammenhang hiermit ist die Frage aufge-worfen, ob die Weiterzahlung von Zuschlägen durch den Beschluß des Ministerrates vom 23. Juli 1953 über die Aufhebung der Rückstufung von Löhnen und Gehältern (GBI. Nr. 88 S. 888) gedeckt ist.

Hierzu wird im Einvernehmen mit dem Ministe-rium für Arbeit und Berufsausbildung mitgeteilt, daß der Beschluß vom 23. Juli 1953 sich nur auf Löhne und Gehälter, nicht aber auf Zuschläge be-zieht. Es gibt daher für Nachzuschläge keine Personengebundenheit.

10. Haftung bei Projektierungsfehlern, Auswertung vertragsgerichtlicher Fälle (2)

Es besteht noch häufig Unklarheit darüber, welche Bedeutung einer durch Beseitigung von Projek-tierungsfehlern eingetretenen Werterhöhung des Bau-objektes im Rahmen der Schadensersatzpflicht des Entwurfsbüros zukommt. Die Verpflichtung zur Leistung von Schadensersatz kann nicht zur Folge haben, daß das Entwurfsbüro auf seine Kosten eine notwendige Werterhöhung für den Auftraggeber finanziert. Das Staatliche Vertragsgericht bei der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik hat hierzu ausgeführt (V - 151/54): Die Tatsache, daß sich nachträglich herausstellt, eine bauliche Anlage sei ungenügend projektiert und hätte bei ordnungsmäßiger Projektierung einen größeren Umfang haben müssen, gebe kein Recht, die um-fangreichere Ausführung auf Kosten des Projek-tanten zu fordern.

Der Regreßanspruch des Auftraggebers geht auf Erstattung der Kosten für nutzlos verbrauchtes Material und für Arbeiten, die sich in Hinblick auf die notwendige Änderung als überflüssig erwiesen haben. Es kann ferner Ersatz der Kosten gefordert werden, die dadurch entstehen, daß die Ergänzungs-arbeiten erst jetzt und nicht in einem Zuge von Anfang an ausgeführt werden konnten. Die Wert-erhöhung jedoch, die durch Ergänzung der Anlage einschl. der dazu notwendigen Arbeiten eintritt, ist nicht Gegenstand eines Schadensausgleichsan-spruchs. Der Auftraggeber hat keinen Anspruch auf Kapazitäts- und Vermögenszuwachs auf Kosten des Projektanten. Es ist daher jeweils zu prüfen, welche nachträglich auszuführenden Maßnahmen auch bei richtiger Entwurfsbearbeitung erforderlich gewesen sein würden und welche nicht. Die ersteren gehen nicht zu Lasten des Entwurfsbüros.

Unberührt bleiben selbstverständlich die sonstigen Rechtsfolgen mangelhafter Vertragserfüllung, ins-besondere die Verpflichtung zur Zahlung von Ver-tragsstrafen und die Befugnis des Staatlichen Ver-tragsgerichts zur Verhängung von Disziplinar-strafen.

II. Baustoffindustrie

1. Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 - GBI. Sonderdruck 123 vom 15. 11. 55

Die Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956, GBI. Sonderdruck 123, vom 15. 11. 1955, hat gegen-über der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien für das Jahr 1955 eine Veränderung erfahren. Einige, für unsere Bauaufgaben besonders wichtige Baustoffe wurden als solche Baustoffe gekennzeichnet, die auch von

den Privatbetrieben nur über die DHZ Baustoffe gebunden werden dürfen.

Beim Abschluß der Rahmenabsatzverträge, die die Niederlassungen der DHZ Baustoffe seit einigen Wochen mit den Lieferbetrieben abschließen, stellt sich heraus, daß in Unkenntnis der Anordnung über die Verteilung, den Bezug und die Lieferung von Baumaterialien im Jahre 1956 die Lieferbetriebe nicht in voller Höhe oder z. T. gar nicht mit der DHZ binden wollen. Das trifft besonders beim Ab-schluß der Verträge mit den Privatbetrieben zu.

Um eine bessere und einwandfreiere Materialver-sorgung für 1956 sicherzustellen, ist es unerlässlich, daß sich die Räte der Bezirke, die Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern für den Abschluß solcher Verträge mit den Privat-betrieben einsetzen.

2. Richtlinien der Baustoffindustrie für die Durchführung der Materialabrechnung der Bedarfsträger nach dem Formblatt 45 (monatlicher Kurzbericht) und nach dem Formblatt 46 (Quartalsbericht) über die Materialabrechnung

Im ersten Jahr des 2. Fünfjahrplanes nehmen alle Bedarfsträger der zentralgeleiteten Baustoffindus-trie sowie der örtlichen Betonindustrie ihre Mate-rial- und Kontingentabrechnungen für den 1. und 2. Quartalsmonat als Kurzbericht für die wichtig-sten Positionen nach eingeschränkter Nomenklatur auf Formblatt 45, für den 3. Quartalsmonat auf Formblatt 46, vor.

Feste Brennstoffe werden wie bisher auf dem Form-blatt M 32 K abgerechnet.

A. Allgemeine Angaben

Berichtspflicht: Abrechnungspflichtig sind alle

- a) volkseigene zentralgeleitete Baustoffbetriebe und Institutionen
- b) volkseigene örtliche Betonwerke
- c) volkseigene Bezirksbauunions (sofern eine Produktion von Betonwaren vorgenommen wird)
- d) Handwerksgenossenschaften und Handwerks-betriebe mit Betonwarenproduktion
- e) private Betonbetriebe

Abrechnungszeitraum

Die Abrechnung erfolgt für den 1. und 2. Quar-talsmonat nach Formblatt 45, für den 3. Quar-talsmonat, also vierteljährlich, nach Form-blatt 46, jeweils für den Zeitraum seit Jahres-beginn bis zum letzten Tag des Berichtsmonats bzw. des Quartales.

Ein vorzeitiger Abschluß ist nicht zulässig.

Nomenklatur: Mit dem Berichtsformblatt 45 sind monatlich abzurechnen, die in der Nomenklatur mit „m“ bezeichneten Plan-Positionen.

Vierteljährlich sind neben den mit „m“ bezeich-neten Plan-Positionen die mit „v“ gekennzeich-neten Plan-Positionen auf Formblatt 46 abzu-rechnen (siehe Anlage 1).

Die Formblätter sind abzugeben von den:

| | |
|--|--|
| VE-zentralgeleiteten Baustoffbetrieben | 2fach an Ministerium für Aufbau HA Baustoffindustrie Materialversorgung |
| VE-örtlichen Betonwerken | 1fach an die für sie zustän-digen Versorgungsstellen (Rat des Kreises bzw. Rat des Bezirkes, Abt. Auf-bau) |
| VE-Bezirks-Bau-Unionen | 1fach an die Räte der Be-zirke, Abt. Aufbau |

Handwerksgenossen-
schaften und Hand-
werksbetrieben
privaten Beton-
betrieben

Räten der Kreise
Abt. Aufbau bzw.
Industrie- und
Handelskammern
bzw. Handwerks-
kammern

Räten der Bezirke,
Abt. Aufbau

1fach an die für sie zustän-
digen Versorgungsstellen
(wie örtlich festgelegt)
1fach an die für sie zustän-
digen Versorgungsstellen
(wie örtlich festgelegt)

1fach an die Räte der Be-
zirke, Abt. Aufbau

2fach an das Ministerium
für Aufbau
HA Baustoffindustrie
Abt. Materialversorgung

Abgabetermin: Der Monatsbericht 45 ist von den
Bedarfsträgern bis zum 4. Werktag an die zu-
ständige Versorgungsstelle abzuliefern.
Für den Quartalsbericht 46 ist der Abgabetermin
der 6. Werktag.

Abgabetermin für die Verdichtung von den Versorgungsstellen:

Von den übergeordneten Versorgungsstellen sind
die von den Bedarfsträgern eingereichten Form-
blätter 45 und 46 für den jeweiligen Bereich zu
verdichten.

Die Abgabetermine wie folgt festgelegt:

Vom Rat des
Kreises bzw.
Industrie- und
Handelskammer
bzw. Hand-
werkskammer

Formblatt 45
b. z. 6. Werktag
Formblatt 46
b. z. 8. Werktag

An die Räte
der Bezirke
Abt. Aufbau

Von den Räten
der Bezirke,
Abt. Aufbau

Formblatt 45
b. z. 9. Werktag
Formblatt 46
b. z. 12. Werktag

An das Ministe-
rium für
Aufbau
HA Baustoff-
industrie
Abt. Material-
versorgung

B. Erläuterungen zum monatlichen Kurzbericht (Formblatt 45)

Kurzbericht über die Materialbewegung Formblatt 45

Berichtszeitraum vom 1. 1. 1956 bis

Abzuliefern bis zum 4. Werktag jeden Monats an die zuständige Einzugsstelle

Genehmigungsvermerk

Bezirk:

Zust. Kontingenträger-Nr.:

Schlüsselnummer d. Eigentumsform:

| Lfd. Nr. | Planpos. und Materialbezeichnung | ME | a) Durch Bestellung gebundene Kontin- gente insgesamt b) darunter abge- schlossene Verträge | Eing. auf Grund von Kontingenten insgesamt | Betriebsverbrauch (einschl. an Auftrag- nehmer geliefertes Material für P 2-Produkt. | a) Gesamtbestand am Ende des Berichtszeitr. b) dar. für die eig. Prod. nicht ver- wendb. Mat | |
|-------------|--|----|---|--|--|---|---|
| 0 | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| 1 | | 1 | a b | | | | |

Spalte 1—2:

(Plan-Pos. Materialbezeichnung,
Mengeneinheit)

In diesen Spalten sind die in der
Nomenklatur mit „m“ gekennzeichneten Materialpositionen in der vor-
gesehenen Mengeneinheit zu melden.
Andere Materialien sind in die Mel-
dung nicht mit einzubeziehen.
Die Plan-Positionen sind in der
Reihenfolge der Nomenklatur aufzu-
führen.

Spalte 4a:

(Durch Bestellungen gebundene
Kontingente insgesamt)

In dieser Spalte und Zeile sind alle
durch Bestellungen gebundenen Kon-
tingentmengen einzusetzen.
Unberücksichtigt bleibt hier, ob die
Bestellung seitens des Lieferers schon
bestätigt ist oder nicht.

b:

(Abgeschlossene Verträge)

Hier sind unter Berücksichtigung
vorliegender Kontingente die Men-
gen in fest abgeschlossenen Liefer-
verträgen auszuweisen.

Spalte 5:

(Eingänge auf Grund von Kontin-
genten)

Diese Spalte weist aus die Reali-

sierung der Kontingente. Gemeldet
werden hierbei die im Betrieb ein-
gegangenen Lieferungen.

Spalte 6::

(Betriebsverbrauch insgesamt)

Diese Spalte hat auszuweisen den
Betriebsverbrauch insgesamt. Mit
ausgewiesen werden müssen auch
solche Materialien, die für die
Durchführung von Lohnarbeiten an
andere Betriebe abgegeben werden.

Spalte 7a:

(Gesamtbestand am Ende des
Berichtszeitraumes)

In dieser Spalte ist der am Ende
des Berichtszeitraumes tatsächlich
vorhandene, betriebseigene Material-
bestand aller Läger einzusetzen.

b:

(Davon für die eigene Produktion
nicht verwendbare Materialien)

Hierunter sind anzugeben die für die
Planaufgaben des Betriebes nicht
mehr verwendbaren Materialien. Der
Meldung ist beizufügen formlos eine
entsprechende Spezifikation dieser
Bestände.

Quartalsbericht über die Materialbewegung

Formblatt 46

Berichtszeitraum vom bis 1958

Abzuliefern bis zum 6. Werktag nach dem Quartalsmonat an d. zust. Einzugsstelle

Genehmigungsvermerk

Bezirk:

Zust. Kontingenträger-Nr.:

Schlüsselnummer der Eigentumsform:

[illegible]

C. Erläuterungen zum Quartalsbericht über die Materialbewegung (Formblatt 46)

- Spalte 1—2:** (Plan-Pos. Materialbezeichnung, Mengeneinheit)
In dieser Spalte werden ausgewiesen die nach der Nomenklatur mit „v“ vorgeschriebenen Materialpositionen in vorgeschriebener Mengeneinheit.
- Spalte 4a:** (Für 1956 erhaltene Kontingente insgesamt)
In dieser Spalte sind alle dem Betrieb für 1956 zugewiesenen Kontingente auszuweisen. Auch Kontingente von fremden Auftraggebern aus anderen Kontingenträgerbereichen müssen hier mit erfasst werden.
- b 1:** (Darunter an fremde Auftragnehmer abgegebene Kontingente)
Hier sind zu nennen die an fremde Auftragnehmer weitergegebenen Kontingente.
- b 2:** (Von fremden Auftraggebern erhaltene Kontingente)
Hier werden ausgewiesen die von fremden Auftraggebern bereitgestellten Kontingente, die zur Erfüllung der eigenen Produktionsaufgaben dienen.
- Spalte 5a:** (Durch Bestellung gebundene Kontingente insgesamt)
In dieser Spalte ist die Höhe der Bestellungen unter Zugrundelegung vorliegender Kontingente einzutragen.
- b:** (Abgeschlossene Verträge)
Hier ist anzugeben, in welcher Höhe des Kontingentes bereits Lieferverträge abgeschlossen wurden.
- Spalte 6:** (Bestand am 1. 1. 1956)
Hier sind alle betriebseigenen Materialien zu melden, die durch Bestandsaufnahme am 1. Januar 1956 erfasst wurden. Diese Bestandswerte lt. Inventur sind unveränderlich und haben in sämtlichen Meldungen des laufenden Jahres wieder zu erscheinen.
- Spalte 7a:** (Materialzugänge insgesamt ab 1. 1. 1956)
In dieser Spalte werden ausgewiesen sämtliche Materialzugänge des Betriebes seit dem 1. Januar 1956, gleichgültig, ob dafür Kontingente gegeben wurden oder nicht.
- b:** (Darunter aus inneren und örtlichen Reserven und Umsetzungen)
In dieser Spalte sind auszuweisen alle Materialzugänge aus inneren und örtlichen Reserven sowie aus Umsetzungen von anderen Betrieben, soweit sie für die Erfüllung der eigenen Produktionsaufgaben Verwendung finden und Kontingente dafür nicht gegeben wurden.
- Spalte 8a:** (Materialabgänge seit 1. 1. 1956 insgesamt)
In dieser Spalte werden ausgewiesen alle im Betrieb verbrauchten bzw. an andere abgegebenen Materialmengen.

- b:** (Darunter sonstige Abgänge)
Hier sind zu erfassen sämtliche sonstigen Abgänge, wie Materialumsetzungen, Verkäufe an DHZ aus Überplanbeständen oder bei zentralen Betrieben Abgaben an örtliche Wirtschaft.
- Spalte 9a:** (Bestand am Ende des Berichtszeitraumes)
In dieser Spalte ist auszuweisen der betriebseigene Materialbestand, der sich wie folgt ergibt:
 $\text{Spalte 6} + 7a \cdot 8a = \text{Spalte 9a}$
- b:** Hier wird ausgewiesen das für die eigene Produktion nicht mehr verwendbare Material.
(Hierbei sind zu beachten die Hinweise im monatlichen Kurzbericht für die Spalten 7a + 7b)
- Spalte 10—11a:** (Vorratsnormen)
In dieser Spalte ist auszuweisen die in den volkseigenen Betrieben ermittelte, ökonomisch begründete, bestätigte Vorratsnorm nach Menge und Tagen.
Da die Vorratsnormen die Grundlage für die Materialdisposition darstellen, ist jeweils der neueste Stand der Vorratsnormen zu berücksichtigen.
Genossenschaftliche Betriebe und private Betriebe setzen in Spalte 10 a ihren für die Aufrechterhaltung der Produktion benötigten durchschnittlichen Materialbestand ein. Spalte 11 entfällt.
- b:** Hier ist der für den Betrieb ermittelte Höchstvorrat zur Aufrechterhaltung der Produktion in Mengen und Tagen anzugeben.
Für genossenschaftliche und private Betriebe entfällt die Ausfüllung der Spalten 10 + 11 b.

Anlage 1

Nomenklatur für die verbraucherseitige Abrechnung 1956, Ministerium für Aufbau HA Baustoffindustrie einschl. örtliche Betonindustrie

| | | monatliche Abrechnung nach Fb. 45 | vierteljährl. Abrechnung nach Fbl. 46 |
|-----|-------|--|---|
| 131 | 41 10 | I- u. U-Stahl NP 8—18 | v |
| | 41 21 | I- u. U-Stahl NP 20—40 | v |
| | 41 22 | I- u. U-Stahl über NP 40 | v |
| | 41 35 | Feldbahnschienen | v |
| | 41 51 | Feiner Stabstahl | m v |
| | 41 52 | Grober Stabstahl | m v |
| | 41 79 | Sonstiger Walzdraht | m v |
| | 42 19 | Handelsbleche | v |
| | 42 21 | Mittelbleche 3 mm | v |
| | 42 22 | dto. über 3—5 mm | v |
| | 42 36 | Feinbleche unter 0,9 mm | v |
| | 42 37 | dto. 0,9—1,25 mm | v |
| | 42 38 | dto. 1,25—3 mm | v |
| | 44 10 | Nahtlose Rohre | v |
| | 51 10 | Geschw. Gas- und Wasser- leitungsrohre ½—2" | v |
| | 51 20 | dto. unter ½" u. über 2" | v |

| | | monatliche Abrechnung nach Fbl. 45 | vierteljährl. Abrechnung nach Fbl. 46 |
|-------------|--|--|---|
| 141 17 30 | Borax | m | v |
| 18 40 | Bleimennige (nicht für Farben) | m | v |
| 141 89 90 | Zinnoxid | m | v |
| 155 13 10 | Portlandzement | m | v |
| 13 20 u. 40 | Hochofen- und Eisen- portlandzement | m | v |
| 20 00 | Ziegelsteine | m | v |
| 26 18 410 | Schrauben und Muttern bis M 10 | | v |
| 18 420 | Schrauben und Muttern M 12 bis M 20 | | v |
| 18 430 | Schrauben und Muttern über M 20 | | v |
| 22 100 | Gez. Stahldraht unter 100 kg | m | v |
| 26 22 200 | Gez. Stahldraht über 100 kg | m | v |
| 26 23 200 | Drahtstifte | | v |
| 31 11 100 | Nadelschnittholz | m | v |
| 31 13 100 | Imprägnierte Schwellen | m | v |
| 35 31 000 | Papiersäcke | m | v |
| 58 11 700 | Derbstangen | | v |

3. Fachkontenrahmen, D-Fonds und Quartalsprämie — Mitteilung an die Betriebe der Baustoff- Industrie —

I. Betr.: Fachkontenrahmen

In den unseren Betrieben und den Bezirken am 30. November 1955 übergebenen Fachkontenrahmen sind folgende Änderungen vorzunehmen:

Seite 7, Konto Nr. 373

Produktionsunabhängige Prämien usw.

Seite 12, Konto Nr. 9690—9699

sind unverbindliche Konten

Seite 13, Konto Nr. 982

Zugang zum DF aus überplan-
mäßigem Gewinn

Seite 13, Konto Nr. 983

Zugang zum Direktorfonds durch
Massenbedarfsgüterproduktion.

Die dem Fachkontenrahmen beigefügten Erläuterungen zu den Klassen 4 + 5 hatten nur informative Bedeutung. Für die zentralgeleitete Industrie gelten die Branchenrichtlinien und ferner die Veröffentlichungen des Instituts für Rechnungswesen ab Heft 23 der deutschen Finanzwirtschaft.

II. Betr.: D-Fonds und Quartalsprämie

In Übereinstimmung mit einer Entscheidung der HV Wirtschaft geben wir den Betrieben folgendes bekannt:

1. Bei der Berechnung der Erfüllung der Warenproduktion wertmäßig insgesamt wird die Bestandsveränderung an unvollendeten Erzeugnissen berücksichtigt. Dazu gehören insbesondere freigelegtes Material, geförderter Ton und Rohlingsvorlauf.

Die Berücksichtigung der Bestandsveränderung erfolgt insbesondere im Hinblick auf die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Produktion und um für eine Steigerung derselben einem entsprechenden Vorlauf an unvollendeten Erzeugnissen zu schaffen, wie das auch im Beschluß über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen gefordert wird.

Die Bestandsveränderung, die im KB J 11 Spalte 9 nur insgesamt erscheint, wird auch dann berücksichtigt, wenn im Finanzplan eine Bestandsveränderung nicht besonders ausgewiesen wurde. Dies ist in der vergangenen Zeit vor allem in der Quartalsdifferenzierung zu beobachten.

Bei der Finanzplanung 1956 muß darauf geachtet werden, daß die Betriebe die Bestandsveränderung für unvollendete Produktion (einschließlich Vorabraum) sorgfältig planen und insbesondere auch quartalsmäßig differenzieren.

2. Bei der Erfüllung und Abrechnung der Warenproduktion gehört zur Bestandsänderung an unvollendeten Erzeugnissen auch freigelegtes Mineral (Vorabraum).
3. Für den Bereich Baustoffindustrie wird festgelegt, daß ein Bestandszugang an unvollendeter Produktion über die geplante Menge hinaus, im Gegensatz zu der Entscheidung der HV Wirtschaft vom 16. August 1955 — veröffentlicht im ID 22/108 Seite 119 —, anerkannt wird. Begründung wie bei Ziffer 1.
4. Die Erfüllung der Gesamtwarenproduktion ergibt sich aus dem KB J 11 durch die Gegenüberstellung der Spalten 5 und 9 (wertmäßige Abrechnung, vom Umsatz zurückgerechnet). Die Erfüllung der wichtigsten Planpositionen ergibt sich dagegen aus der Gegenüberstellung der Spalten 5 und 6 des KB J 11 (Mengenabrechnung).
5. Bei der Erfüllungsberechnung der Warenproduktion nach KB J 11 werden die Abschnitte „nicht beauftragte, aber vergleichbare“, als auch „nicht beauftragte, aber nicht vergleichbare Warenproduktion“,

soweit es sich um Hauptleistungen handelt, zur Erfüllung (Spalte 9) hinzugerechnet, ohne daß eine Berichtigung der beauftragten Warenproduktion an Hauptleistungen (Spalte 5) erfolgt.

Soweit Neben- und Hilfsleistungen geplant waren, zählt die Erfüllung dieser Positionen mit zur Erfüllung der Warenproduktion. Diese Positionen müssen aber im einzelnen kostenträgemäßig im KB J 11 angeführt werden und sind insbesondere von den nicht beauftragten zu unterscheiden.

Bei Handelsware und anderen vom Betrieb nicht beeinflussbaren Neben- und Hilfsleistungen, wie z. B. weiter zu berechnende Verladekosten (gleich ob geplant oder nicht geplant), als auch bei nicht beauftragten Neben- und Hilfsleistungen wird dagegen stets in Spalte 5 als Planbetrag der Ist-Umsatz aus Spalte 9 eingesetzt.

Wenn auf diese Weise als Endsumme ein Betrag als geplante Warenproduktion erscheint, der höher oder niedriger ist als die der Beauftragung entsprechende Warenproduktion, so ist entweder eine Zwischensumme zu ziehen oder eine Erläuterung zu geben, um das KB J 11 mit dem Plan der staatlichen Aufgaben zu kontrollieren.

6. Die wichtigsten Planpositionen, die neben der gesamten Warenproduktion im einzelnen erfüllt sein müssen, sind den Betrieben durch die Planungsabteilung der HV schriftlich bekanntzugeben. Änderungen während des Jahres sind möglich. Die Betriebe müssen darauf achten, daß diese Bestätigungen zu Kontrollzwecken bei ihnen vorliegen.
7. Im § 2 (4) der Prämien-VO vom 17. Februar 1955 ist bei abteilungsweiser Prämierung als Bedingung nur die Erfüllung des Produktionsplanes und des Selbstkostensenkungsplanes vorgesehen. Steigerungsprozente für eine Gewinnplanüberfüllung entfallen danach. Wenn die Betriebe aber den Ergebnisplan aus Absatz einwandfrei auf Abteilungen aufgeschlüsselt haben und in der Betriebsabrechnung das Ist-Ergebnis A nach Abteilungen nachweisen, können sie die Erfüllung dieses Teilgewinnplanes als Bedingung zusätzlich ansetzen. Nur in diesem Falle können

sie die Steigerungsprozentsätze für die Gewinnplanüberfüllung in Anspruch nehmen.

8. „Selbständige Lehrkombinate“ (Siehe § 5 der 1. DB zur DFVO) müssen stets zugleich selbständig abrechnende Einheiten sein. Sind den Betrieben sogenannte Lehrkombinate angeschlossen und wird nur in einer Einheit bilanziert, kann die volle Zuführung für die Ausbildungsstätte nur dann vorgenommen werden, wenn der durchschnittliche Anteil der Lehrlinge an der Gesamt-Belegschaft mehr als 10 % beträgt.
9. Obwohl § 7 Absatz 2 der PVO vorschreibt, daß die Prämiensumme bereits im jeweiligen Quartalsabschluß zu bilanzieren ist, können die Betriebe die sich aus der Erfüllung ergebende Quartalsprämie auch dann zahlen, wenn die Abgrenzung ganz unterblieben ist oder nicht in entsprechender Höhe vorgenommen wurde. Zu beachten ist aber, daß die für die Überfüllung zu zahlende Prämie die Selbstkostensenkung nicht übersteigt.

III. Bauindustrie

2. Hinweis für die Aufstellung der Kostenpläne — Festpreiskatalog —

Entgegen der vorläufigen Ausgabe September 1955 des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen der volkseigenen Bauindustrie sind in der Ausgabe als Sonderdruck Nr. 124 des Gesetzblattes die Schwarzmetallpreiserhöhungen des Jahres 1955 in den Festpreisen berücksichtigt. Nachstehende preisliche Veränderungen sind eingetreten:

| a) Beton- und Stahlbetonarbeiten | DDR DM | Berlin DM |
|--|-----------------------|--------------|
| Pos. 22 9001 | 625,76 | 683,80 |
| 002 | 510,96 | 544,73 |
| 003 | 479,28 | 506,66 |
| 101 | 637,89 | 699,14 |
| 102 | 523,09 | 560,06 |
| 103 | 491,41 | 521,99 |
| 201 | 650,04 | 714,48 |
| 202 | 535,24 | 575,40 |
| 203 | 498,70 | 531,19 |
| 301 | 662,17 | 729,82 |
| 302 | 547,37 | 590,74 |
| 303 | 503,56 | 537,33 |
| b) Maurerarbeiten | | |
| Pos. 38 001 I 10 bis 12 | 478,17 | 506,37 |
| 002 I 14 bis 18 | 429,13 | 447,26 |
| 03 I 20 bis 30 | 410,24 | 425,09 |
| 04 I 32 bis 34 | 408,17 | 422,48 |
| 05 I 36 bis 40 | 402,52 | 415,33 |
| 06 I 42,5 bis 47,5 | 412,13 | 422,94 |
| 07 I 50 bis 60 | 410,97 | 421,50 |
| c) Liste der Baustoffe frei Baustelle abgeladen (A3) Stahl | | |
| Waren-Nr. | Material u. Sonstiges | |
| Bezeichnung | DM | |
| 27 52 10 00 | | |
| I-Stahl nach DIN 1025 | | |
| Regellängen bis 15 m | | |
| I 10 bis 12 | 362,80 | |
| I 14 bis 18 | 352,30 | |
| I 20 bis 40 | 346,00 | |
| I 45 bis 60 | 362,80 | |
| Aufpreise für Überlängen über 15 m | | |
| für jeden angefangenen Meter auf | | |
| das Gewicht des ganzen Stabes | | |
| für I 10 bis 30 | DM 3,00 | |
| I 32 bis 40 | DM 4,00 | |
| I 45 bis 60 | DM 5,00 | |

27 53 20 00.

Betonstahl nach DIN 1612

Walzdraht 6 bis unter 8 mm ϕ 407,50

Moniereisen

Normallängen 3 bis 15 m

8 bis unter 10 mm ϕ 385,00

10 „ „ 12 „ 381,30

12 „ „ 14 „ 376,50

14 „ „ 16 „ 374,50

16 „ „ 21 „ 372,00

21 bis einschl. 90 mm ϕ 368,50

Verschiedenes Festpreis DM.

Bindedraht „ 0,80

Rödelndraht „ 0,70

Bereits nach Preisen des Festpreiskataloges der vorläufigen Ausgabe September 1955 aufgestellte Kostenpläne sind entsprechend zu berichtigen.

3. Materialabrechnung der Bauindustrie im Planjahr 1956

Für die Materialabrechnung der zentralgeleiteten und örtlichen Bauindustrie kommt im Planjahr 1956 das bisherige Formblatt

„Kurzbericht über die Materialbewegung M 32 (Bau)“

in Fortfall; an dessen Stelle tritt für die monatliche Abrechnung der

„Kurzbericht über die Materialbewegung
Formblatt 45 (Bau)“

und für die Quartalsabrechnung der

„Quartalsbericht über die Materialbewegung
Formblatt 46 (Bau)“

Abrechnungspflichtig sind alle Betriebe, die für die Durchführung von Bauleistungen Kontingente erhalten haben.

- a) volkseigene zentralgeleitete Baubetriebe
- b) volkseigene örtliche Baubetriebe
- c) Handwerksgenossenschaften und -betriebe
- d) private Betriebe
- e) LPG-Baubrigaden

Die für die Abrechnung von der Bauindustrie zu benutzenden Formblätter 45 und 46 (Bau) sowie die Richtlinien hierzu sind vom Vordruck-Leitverlag Weimar, Graben 2, als Sonderdruck verlegt. Sie sind nicht identisch mit den gleichlautenden Formblättern 45 und 46, die die Bezeichnung (Bau) nicht führen.

Bestellungen über Formblätter und Richtlinien sind bereits von den Räten der Bezirke, Abt. Aufbau, für ihren gesamten Bereich aufgegeben und kommen über die Räte der Bezirke und Kreise zur Verteilung. Die Vordrucke für die zentralgeleiteten Baubetriebe werden von der HV Spezialbaubetriebe verteilt.

Die Abgabetermine von seiten der Bedarfsträger an die für sie zuständige Versorgungsstelle ist für Formblatt 45 (Bau) der vierte Werktag, für Formblatt 46 (Bau) der sechste Werktag des nachfolgenden Monats. Die abzurechnenden Planpositions-Nummern sind auf den Formblättern eingedruckt.

C. Buchbesprechungen

1. Die Finanzrevision von Bauorganisationen

Im Verlag „Die Wirtschaft“ ist die Broschüre

„Die Finanzrevision von Bauorganisationen“
von W. Mitrofanow / W. Pronin

— Übersetzung aus dem Russischen —

erschienen.

Diese Broschüre ist eine wertvolle Anleitung für die Praktiker nicht nur auf dem Sektor der Revision, sondern auch für die ingenieurtechnischen und kaufmännischen Kader in den Baubetrieben der Deutschen Demokratischen Republik.

gez. Winkler
Minister

Herausgeber: Ministerium für Aufbau Verlag: VEB Deutscher Zentralverlag, Berlin Veröffentlicht unter Nr. Ag 124/55/DDR.
erscheint jeweils am 1. und 15. eines jeden Monats Druck: Volksdruckerei Ostharz, Werk Bernburg

Nur für den Dienstgebrauch

Verfügungen und Mitteilungen des Ministeriums für Aufbau

1956

Berlin, den 1. Februar 1956

Nr. 3

INHALTSVERZEICHNIS

| | Seite | | Seite |
|---|-------|---|-------|
| A. Allgemeiner Teil | | | |
| 6. Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen | 1 | 14. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht | 3 |
| 7. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten | 1 | 15. Nutzung der Meisterdecke | 5 |
| 8. Die Gewährungsfrist eines volkseigenen Montagebetriebes für Baunebenleistungen beträgt 2 Jahre. — Aus dem Schiedsspruch des Staatlichen Vertragsgerichts der DDR (V.—182/55) — | 2 | II. Baustoffindustrie | |
| B. Besonderer Teil | | III. Bauindustrie | |
| I. Technik und Entwurf | | 4. Besondere Erläuterungen zur Anwendung des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen | 5 |
| 11. Berichtswesen 1956 | 2 | 5. Volkseigener Wohnungsbau — Berichterstattung an das Ministerium für Aufbau — | 6 |
| 12. Planung der Kosten der Hausanschlüsse als Baukosten durch den bautechnischen Projektanten | 3 | 6. Wettbewerb zur Verkürzung der betrieblichen Abrechnungszeiten | 6 |
| 13. Formblätter und Stempel der Organe der Staatlichen Bauaufsicht | 3 | 7. Angebot von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung | 6 |
| | | 8. Maschinenanforderung für Baumechanik — Reparatur-Betriebe | 7 |
| | | 9. Sparsame Verwendung von Splitt in der Bauausführung | 7 |
| | | 3 Beispiele zu B III 4 | 8-10 |
| | | C. Buchbesprechungen | |

A. Allgemeiner Teil

6. Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen

Beim Ministerium für Aufbau besteht eine Schlichtungsstelle zur Schlichtung von Streitigkeiten über die Vergütung von Verbesserungsvorschlägen. Sie setzt sich aus dem Leiter der Rechts- und Vertragsschiedsstelle und zwei Vertretern des Zentralvorstandes der Industrie-Gewerkschaft Bau/Holz zusammen. Diese Schlichtungsstelle ist nach der Dritten Durchführungsbestimmung vom 6. 2. 1953 zur Verordnung über das Erfindungs- und Vorschlagswesen in der volkseigenen Wirtschaft — GBl. S. 301 — dann anzurufen, wenn sich bei Vergütung von Verbesserungsvorschlägen, die in mehr als einem Betrieb genutzt werden, Streitigkeiten entstehen. Auf die Innehaltung der im § 2 der Dritten Durchführungsbestimmung enthaltenen Frist wird besonders hingewiesen.

7. Abgrenzung der Zuständigkeit von Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten

Nach § 9 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG) sind die Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik für die Entscheidung ziviler Rechtsstreitigkeiten im Bereich der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft zuständig, soweit diese nicht durch Gesetz dem Staatlichen Vertragsgericht zur Entscheidung übertragen sind.

Nach § 1 der Verordnung vom 6. 12. 51 in der Fassung vom 1. 7. 53 über die Bildung und Tätigkeit

des Staatl. Vertragsgerichts (GBl. S. 855) ist dieses zuständig für die Entscheidung von Streitfällen zwischen Vertragspflichtigen entsprechend der Verordnung vom 6. 12. 51 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems (GBl. S. 1141).

Zahlreiche Entscheidungen der Gerichte und Vertragsgerichte zeigen jedoch, daß von den Gerichten und Vertragsgerichten über ihre Zuständigkeit sehr unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. Auch in den einzelnen volkseigenen Betrieben besteht über die Abgrenzung der Zuständigkeit keine volle Klarheit.

Um eine einheitliche Rechtsprechung hinsichtlich der Zuständigkeit zu erreichen, haben der Minister der Justiz und der Vorsitzende des Staatl. Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR in der gemeinsamen Rundverfügung Nr. 8/55 die folgenden Grundsätze entwickelt, die bei der Prüfung der Zuständigkeit von den Gerichten und Staatlichen Vertragsgerichten zu beachten sind:

I

1. a) Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben über Lieferungen, die im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems abgeschlossen worden sind;

neben Lieferverträgen gehören nach der 1. DB zur Verordnung vom 6. Dezember 1951 über die Einführung des Allgemeinen Vertragssystems vom 21. März 1952 (GBl. S. 323) und der 3. DB vom 20. August 1952 (GBl.

S. 794) hierzu auch Verträge über Dienstleistungen, Bauleistungen und Transportraum:

- b) Streitigkeiten zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben aus Verträgen, die zwar nicht im Rahmen des Allgemeinen Vertragssystems abgeschlossen worden sind, jedoch genau so wie diese unmittelbar der Durchführung der Wirtschafts- und Finanzpläne dienen. Hierher gehören insbesondere Kreditverträge zwischen volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und der Deutschen Notenbank oder der Deutschen Bauernbank sowie Überlassungsverträge über bewegliche Sachen, insbesondere Produktionsmittel und Arbeitsverträge zwischen den MTS's und LPG's.
2. Streitigkeiten über Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, soweit ihre Entstehung mit Vertragsverhandlungen der zu 1. genannten Betriebe im Zusammenhang steht (Nichtigkeit, Anfechtung u. dgl.).
3. Streitigkeiten aus Verträgen zwischen volkseigenen Betrieben und privaten Industriebetrieben, soweit der private Industriebetrieb Lieferant ist.
4. Streitigkeiten über Wagenstandsgelder, die im Zusammenhang mit Transportraumverträgen vor dem 30. April 1954 entstanden sind. Derartige Wagenstandsgelder haben den Charakter einer Vertragsstrafe. (Anmerkung: Über Streitigkeiten wegen Wagenstandsgelder, die aus Transportraumverträgen nach dem 1. Mai 1954 entstanden sind, entscheidet nach § 8 der Verordnung vom 20. Juni 1952 über die Be- und Entladung von Eisenbahngüterwagen (GBI. S. 491) die Reichsbahn in eigener Zuständigkeit).
5. Streitigkeiten über Schadensgelder, die von den Reichsbahndirektionen gegen volkseigene und ihnen gleichgestellte Betriebe wegen der Beschädigung von Eisenbahngüterwagen geltend gemacht werden.

Für alle Streitigkeiten aus diesen Vertragsverhältnissen ist das Staatliche Vertragsgericht zuständig. Für die Durchführung solcher Prozesse bei den Gerichten ist deshalb nach §§ 9, 10 GVG die Unzulässigkeit des Rechtsweges auszusprechen.

II

Die Gerichte sind zuständig für alle anderen Streitigkeiten im Bereich der volkseigenen und der ihr gleichgestellten Wirtschaft, also aus Verträgen außerhalb des Allgemeinen Vertragssystems, wie insbesondere für Streitigkeiten aus Mietverträgen, Versicherungsverträgen, Frachtverträgen einschl. der Streitigkeiten über Liegegelder bei Schiffen, aus Überlassungsverträgen über Grundstücke sowie aus Ansprüchen aus unerlaubter Handlung und ungerechtfertigter Bereicherung, soweit nicht das Staatliche Vertragsgericht gemäß Abschnitt I 2 zuständig ist.

Es wird daher empfohlen, bei allen Streitigkeiten zur Vermeidung von Verzögerungen diese Grundsätze bei Klageerhebung bzw. Antragstellung genauestens zu beachten.

8. Die Gewährleistungsfrist eines volkseigenen Montagebetriebes für Baunebenleistungen beträgt zwei Jahre. — Aus dem Schiedsspruch des Staatlichen Vertragsgerichts der DDR (V.—182/55) —

Der volkseigene Montagebetrieb lehnte gegenüber dem volkseigenen Baubetrieb für die Lieferung und Montage einer Be- und Entwässerung, Warmwasseraufbereitungsanlage sowie der sanitären Einrich-

tungen die Übernahme einer zweijährigen Gewährleistungsfrist gemäß § 23 ABB ab. Er beabsichtigte, in dem Vertrag für seine Leistungen nur eine einjährige Gewährleistungsfrist einzugehen.

Das Staatliche Vertragsgericht hat dem Verlangen des Baubetriebes entsprochen und den Montagebetrieb verpflichtet, eine zweijährige Gewährleistungspflicht entsprechend § 23 ABB zu übernehmen.

In den Gründen des Schiedsspruches wird u. a. folgendes ausgeführt:

Die Schiedskommission hat verneint, daß Umstände vorliegen, die es rechtfertigen, daß das Montagewerk regelmäßig und auch im vorliegenden Falle eine kürzere Gewährleistungsdauer als zwei Jahre fordern kann. Gewährleistung heißt, daß der betreffende Betrieb dafür einsteht, daß im Zeitpunkt der Abnahme von Bauleistungen diese mangelfrei sind. Für Bauleistungen ist im § 23 ABB eine zweijährige Gewährleistung festgesetzt. In Anbetracht der Tatsache, daß Bauwerke eine Lebensdauer von mehreren Jahrzehnten haben sollen und daß häufig Mängel sich erst längere Zeit nach der Abnahme bemerkbar machen, ist diese Frist länger als für Warenlieferungen. Der Einbau von Be- und Entwässerungseinrichtungen sowie sanitären Anlagen unterscheiden sich in ihrem Charakter nicht von anderen Bauleistungen, wie Einsetzen von Fenstern, Verlegen von Fußböden usw. Für letztere Arbeiten gilt unbestritten die Gewährleistungsfrist von zwei Jahren und kann auch nicht durch Vereinbarung, trotz der Fassung des § 23, abgeändert werden, da dies mit der Grundforderung, die Qualität zu steigern, nicht im Einklang stehen würde. Auch die Tatsache, daß der Lieferant des Materials nur sechs Monate haftet, rechtfertigt es nicht, die Gewährleistungsfrist für das Montagewerk herabzusetzen. Auch die Lieferanten des Baubetriebes haften für ihr Material im großen Umfange lediglich sechs Monate, z. B. bei Lieferung von Glas, Dachpappe, Holz usw. Trotzdem muß der Baubetrieb für die Bauleistung zwei Jahre Gewähr übernehmen.

Mit den vom Montagebetrieb zu erbringenden Leistungen werden wichtige Bestandteile des Bauwerkes geschaffen, von denen sein Gebrauchswert und seine Nutzungsmöglichkeit maßgebend abhängt. Eine qualitativ einwandfreie Leistung muß deshalb gefordert werden. Hierzu trägt wesentlich die Verpflichtung bei, zwei Jahre lang für die eigene Arbeit und das hierzu benutzte Material Gewähr leisten zu müssen.

Auf Grund dieser Umstände und Überlegungen hat die Schiedskommission entschieden, daß im Interesse der Schaffung einwandfreier dauerhafter Bauwerke das Montagewerk verpflichtet ist, für seine Leistungen die reguläre Gewährleistung von zwei Jahren gemäß § 23 ABB zu übernehmen.

B. Besonderer Teil

I. Technik und Entwurf

11. Berichtswesen 1956

Die von der HV Städtebau und Entwurf für das Jahr 1956 beantragten Berichterstattungen wurden von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik mit folgenden Kennziffern genehmigt:

- | | |
|-----------------------------------|---------|
| 1. Einnahmen- und Ausgabenanalyse | 510/87 |
| 2. monatlicher Erfüllungsbericht | 510/88 |
| 3. Kassenplan | 510/70. |

Die Berichterstattungen wurden am 19. 12. 1955 registriert und sind bis zum 31. 12. 1956 befristet.

Die genannten Berichte haben auf dem 1. Blatt oben rechts folgenden Vermerk zu tragen:

„Genehmigungsvermerk. Registriert bei der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik am 19. 12. 1955 unter Nr. 510/..... befristet bis zum 31. 12. 1956.“

12. Planung der Kosten der Hausanschlüsse als Baukosten durch den bautechnischen Projektanten

Zur Beseitigung von Unstimmigkeiten wird auf folgendes hingewiesen:

Die Kosten der Hausanschlüsse gelten insoweit als Baukosten, als die Errichtung der Anschlußanlagen nicht nach Abschnitt IV der Anlage 1 der Bekanntmachung der Allgemeinen Bedingungen für die Versorgung mit Elektroenergie und Gas aus den öffentlichen Versorgungsnetzen vom 21. Oktober 1933 (ZBl. S. 615, s. a. „Baurecht“ IV/231) den Energieversorgungsbetrieben der volkseigenen Energiewirtschaft (EVB) obliegt. Danach verlegen die EVB die elektrischen Leitungen bis zum Hausanschlußkasten und die Gasleitungen bis zum Hauptabsperrhahn ohne Rücksicht auf deren Lage. Bei der Projektierung sind die Installationen also nur vom Hausanschlußkasten bzw. vom Hauptabsperrhahn ab einwärts zu den Baukosten zu rechnen, nicht aber, worauf hinzuweisen besonderer Anlaß besteht, von der Abzweigung vom Hauptstrang ab.

13. Formblätter und Stempel der Organe der Staatlichen Bauaufsicht

Um eine Einheitlichkeit bei der Prüfung und Genehmigung der Projekte und der Bauausführung durch die Organe der Staatlichen Bauaufsicht zu erzielen, sind folgende Formblätter und Stempel zu verwenden:

A. Staatliche Bauaufsicht der Räte der Kreise

1. Vordrucke

- | | |
|--------------------------------|--------------------|
| a) Baugenehmigung (A) | Bestell-Nr. 06 023 |
| b) Bauantrag | Bestell-Nr. 06 009 |
| c) Meldungen | Bestell-Nr. 06 028 |
| d) Rohbauabnahme-schein (A) | Bestell-Nr. 05 353 |
| e) Gebrauchsabnahme-schein (A) | Bestell-Nr. 05 354 |

2. Stempel

- | | |
|---|-----------|
| a) Für Baugenehmigung (Zeichnungen) | Muster I |
| b) Für Baugenehmigung (Vordruck) | Muster II |
| c) Für Baugenehmigung „Fliegende Bauten“ (Zeichnungen) unter Verwendung von (C) an Stelle von (A) | Muster I |
| d) Für Baugenehmigung „Fliegende Bauten“ (Vordruck) | Muster II |
| e) Für Bauabnahme (Vordruck) | Muster II |

B. Gütekontrolle der volkseigenen Entwurfsbüros für Hochbau und für Industriebau

1. Vordrucke

- | | |
|--------------------|--------------------|
| Baugenehmigung (B) | Bestell-Nr. 06 030 |
|--------------------|--------------------|

2. Stempel

- | | |
|---|------------|
| a) Für Baugenehmigung (Zeichnungen) | Muster III |
| b) Für Baugenehmigung (Vordruck) und für Ausführungszeichnungen | Muster IV. |

- | | |
|---|--------------------------|
| c) Für statische Prüfung (statische Berechnungen) | Muster V |
| d) Für Ausführungszeichnungen der Statik und Rundstempel | Muster VII Muster VI |
| e) Für Zeichnungen, die als Erläuterung zur statischen Berechnung gehören und Rundstempel | Muster VIII Muster VI |

C. Gütekontrolle der volkseigenen Bauausführungsbetriebe

1. Vordrucke

- | | |
|--------------------------------|--------------------|
| a) Rohbauabnahme-schein (B) | |
| b) Gebrauchsabnahme-schein (B) | Bestell-Nr. 05 355 |

2. Stempel

Für Bauabnahmen durch:

- | | |
|---|-----------|
| a) zentral- und bezirksgeleitete Bauausführungsbetriebe | Muster IX |
| b) kreisgeleitete Bauausführungsbetriebe | Muster X |
| c) Bauausführungsbetriebe des Rates der Stadt unter Verwendung von (St) an Stelle von (K) auf Zwischen-, Rohbau- oder Gebrauchsabnahmeschein. | Muster X |

Die Stempel haben nur in Verbindung mit der Unterschrift des Vertreters der Staatlichen Bauaufsicht Gültigkeit.

Die Vordrucke sind unter den angegebenen Bestellnummern beim VEB Vordruck-Leitverlag Weimar, Weimar, Graben 2, zu beziehen.

(Siehe Muster I—X Seite 4).

14. Hinweise für die Organe der Staatlichen Bauaufsicht

1. Zu § 6 der Verordnung vom 17. Februar 1955 über die Staatliche Bauaufsicht: Unterschriftsbefugnis bei Baugenehmigungen, Befreiungen, Gebrauchsabnahmescheinen, Einsprüche gegen Bauanzeigen usw.

Nach § 6, Abs. 1 der Verordnung haben die Organe der Staatlichen Bauaufsicht das Recht, zur Durchführung ihrer Aufgaben Einzelverfügungen zu erlassen, die ein Gebot, ein Verbot, eine Befreiung von bestimmten Vorschriften oder die Gewährung, Einschränkung oder Versagung einer Erlaubnis enthalten. Da nach § 1 der Verordnung die Abteilungen Aufbau der Räte der Bezirke und Kreise die Staatliche Bauaufsicht in ihren Bereichen ausüben, sind in Zukunft Baugenehmigungen, Abnahmebescheinigungen, Befreiungen, Einsprüche gegen Bauanzeigen usw. vom Leiter der Abteilung Aufbau zu unterschreiben.

2. Zu § 7 der Verordnung: Festsetzung von Ordnungsstrafen

- a) Nach § 7, Abs. 2 der Verordnung sind die Organe der Staatlichen Bauaufsicht bei den Räten der Bezirke und Kreise befugt, Ordnungsstrafen bis zu 500,— DM zu verhängen. Danach sind Ordnungsstrafbescheide der Staatlichen Bauaufsicht vom Leiter der Abteilung Aufbau (vgl. § 1 der Verordnung) zu unterzeichnen. Es wird hierzu auf § 3, Abs. 1 der Verordnung vom 3. Februar 1955 über die Festsetzung von Ordnungsstrafen und die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens (GBI. I S. 128) Bezug genommen.
- b) Von dem Erlaß von Ordnungsstrafbescheiden gegen staatliche Organe, demokratische Par-

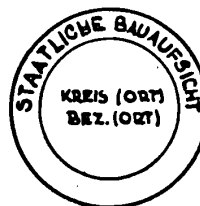
GENEHMIGT IN VERBINDUNG MIT DER BAUGENEHMIGUNG

STÄATLICHE BAUAUFsICHT

KREIS (ORT)
BEZ. (ORT)

(A) Nr. _____
(ORT) , den _____
(NAME) _____

MUSTER I



MUSTER II

GENEHMIGT IN VERBINDUNG MIT DER BAUGENEHMIGUNG

STÄATLICHE BAUAUFsICHT

Güte-Kontrolle

ENTWURF

(B) Nr. _____
(ORT) , den _____
GÜTEING. (NAME) _____
(ENTWURFSBÜRO FÜR _____)

MUSTER III



MUSTER IV

STATISCH GEPRÜFT IN VERBINDUNG MIT DEM PRÜFBESCHEID

STÄATLICHE BAUAUFsICHT

Güte-Kontrolle

STATIK

Nr. _____
(ORT) , den _____
GÜTEING. (NAME) _____
(ENTWURFSBÜRO FÜR _____)

MUSTER V



MUSTER VI

GEPRÜFT AUF EINHALTUNG
STATISCHER FORDERUNGEN
(ORT) , DEN _____

GÜTEINGENIEUR FÜR STATIK
MUSTER VII

ZUR STATISCHEN BERECHNUNG
GESEHEN
(ORT) DEN _____

GÜTEINGENIEUR FÜR STATIK
MUSTER VIII



MUSTER IX



MUSTER X

MASSSTAB 1:1

telen und Massenorganisationen ist in allen Fällen abzusehen.

15. Nutzung der „Meisterdecke“

Die Meisterdecke ist durch das Deutsche Ausschließungspatent Nr. 7608 geschützt.

Der Patentinhaber stellt gegenüber den bauausführenden Betrieben, welche dieses Deckensystem anwenden, Lizenzansprüche in Höhe von 1,— DM/m² nach Patent ausgeführter Decke.

Lt. Entscheid der Schlichtungsstelle für Vergütungsstreitigkeiten beim Amt für Erfindungs- und Patentwesen sind die Betriebe, welche die Meisterdecke in Anwendung bringen, zur Zahlung der Lizenzgebühr verpflichtet.

Zur Vermeidung finanzieller Schwierigkeiten der Betriebe, welche dem Ministerium für Aufbau unterstellt sind, wurde der Patentinhaber für die bis zum 8. 10. 55 erfolgte Nutzung durch das Ministerium für Aufbau abgefunden.

Für die weitere Nutzung wird hiermit angeordnet:

1. Die Betriebe, welche eine Nutzung des Patentbesitzes beabsichtigen, schließen einen Lizenzvertrag mit dem Patentinhaber Johannes Leonhardt, Karl-Marx-Stadt, Bahnstr. 33.
2. Der Lizenzvertrag bedarf der Bestätigung des Ministeriums für Aufbau — HA Technik — Zentrales Büro für Erfindungswesen — vor rechtsgültiger Unterzeichnung durch den Baubetrieb.
3. Die Erstattung der Lizenzgebühr an den Patentinhaber hat aus den Mitteln des Baubetriebes zu erfolgen.

III. Bauindustrie

4. Besondere Erläuterungen zur Anwendung des Festpreiskataloges — Teil I — für Bauhauptleistungen
- Anfragen geben Veranlassung, die Anwendung der Festpreise für Maurer- und Putzarbeiten an Hand der drei am Schluß des Blattes gegebenen Beispiele näher zu erläutern:

Erläuterung zum Beispiel 1

Zu Pos. 7: a) Grundwert für Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses, dazu die Geschoßzuschläge für das II., III. und IV. Obergeschoß sowie den Zuschlag für Giebelspitzen.

Bezugsbasis ist die Gesamthöhe des Giebels von 0 bis 7,00 m.

- b) Die Abschrägung ist nach m² Fläche als besondere Position zu berechnen.

Liegt die Höhe x des Giebelmauerwerkes zwischen 3,31 und 5,00 m, so ist zu rechnen:

Grundwert bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses

Zuschlag für Mehrhöhe 3,30—5,00 m
Zuschlag für die einzelnen Geschosse

Liegt die Höhe x des Giebelmauerwerkes über 7,00 m, so ist für je 3,30 m Mehrhöhe der Zuschlag für Geschosse zu berechnen. Die Werte beziehen sich ebenfalls auf die Gesamthöhe von 0 — x m.

Zu Pos. 6

und 5: Grundwert Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses.

Zu Pos. 6 2 x Geschoßzuschlag und

zu Pos. 5 1 x Geschoßzuschlag und Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 4: Grundwert für Geschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe des I. Obergeschosses + Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 3: Grundwert für Erdgeschoßmauerwerk bis 3,30 m Höhe + Zuschlag für Mehrhöhe bis 5,00 m.

Zu Pos. 2: Grundwert für Kellermauerwerk bis 3,00 m Höhe. Da jedoch F. O. des Kellermauerwerk auf — 2,00 m liegt, erfolgt lt. Vorbemerkung Zuschlag für größere Tiefe.

Würde F. O. des Kellers auf — 1,50 m liegen, wäre der Zuschlag für größere Tiefe nicht anzuwenden.

Zu Pos. 1: Hier hat das zu Pos. 2 Gesagte Gültigkeit mit der Maßgabe, für Kellermauerwerk die Werte des Fundamentmauerwerkes in Ansatz zu bringen.

Erläuterung zum Beispiel 2

Zu Pos. 6: Grundwert „Mauern von 0—2 m Höhe“, dazu Transportzuschlag von 4,81—8,10 m sowie für je weitere 3,30 m. Der zuletzt angegebene Zuschlag errechnet sich wie folgt:

$$\frac{\text{Fußbodenoberkante} - 8,10}{3,30} = x$$

Der Wert x wird auf die jeweils ganze Zahl aufgerundet.

In unserem Beispiel:

$$\frac{22,50 - 8,10}{3,30} = 4,36 \text{ also 5mal Zuschlag}$$

der Pos. 32.021 a 3.

Der Transportzuschlag nach Pos. 32.021 a 1 wird nur angesetzt, wenn die Fußbodenhöhe über Gelände zwischen 1,51 und 4,80 m liegt.

Die Abschrägung ist nach m² besonders zu berechnen.

Zu Pos. 5: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk, und zwar getrennt nach a) 0 bis 2 m, b) über 2—6 m und c) über 6—10 m Höhe. Der Transportzuschlag errechnet sich wie bei der Pos. 6

$$\frac{12,50 - 8,10}{3,30} = 1,33 \text{ also 2mal Zuschlag}$$

Zu Pos. 4: Anzusetzen ist der Grundwert für das I. Obergeschoß sowie Zuschlag für größere Höhen über 3,30 bis 5,00 m. Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das II. Obergeschoß liegt, erfolgt 1mal Geschoßzuschlag.

Zu Pos. 3: Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das Erdgeschoß liegt, ist anzusetzen der Grundwert für das Erdgeschoß sowie Zuschlag für größere Höhen über 3,50 bis 5,00 m.

Zu Pos. 2: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk. Die Transportzuschläge errechnen sich lt. Vorbemerkung wie bei Mauerwerk über Geländeoberkante jedoch mit den veränderten Tiefenmaßen.

Das Gerüst ist nach m² Ansichtsfläche besonders zu berechnen.

Zu Pos. 1: Anzusetzen ist der Grundwert für Fundamentmauerwerk bis — 1,50 m unter Kellerfußbodenoberkante. Der Transportzuschlag ist der gleiche wie bei Pos. 2.

Erläuterung zum Beispiel 3

Zu Pos. 5: Wie Pos. 6 des Beispiels 2

Zu Pos. 4: Grundwert wie bei Pos 5 des Beispiels 2.
Transportzuschlag:

$$\frac{15,80 - 8,10}{3,30} = 2,33 \text{ also } 3\text{mal}$$

Zuschlag der Pos. 32.021 a 3.

Zu Pos. 3: Anzusetzen ist der Grundwert für Mauerwerk für das I. Obergeschoß sowie Zuschlag für Mehrhöhe über 3,30 bis 5,00 m.

Da Fußbodenoberkante näher dem Wert für das III. Obergeschoß liegt, erfolgt 2mal Zuschlag für Geschosse nach Pos. 32.014.

Zu Pos. 2: Anzusetzen sind die Grundwerte für Hallenmauerwerk. Da F. O. mit Geländeoberkante gleich liegt, erfolgt kein Transportzuschlag. Gerüste sind nach m² Ansichtsfläche besonders zu berechnen.

Zu Pos. 1: Anzusetzen ist der Grundwert für Fundamentmauerwerk bis — 1,50 m Tiefe unter Geländeoberkante.

Zuschlag für größere Tiefen über 1,50 m bis 3,00 m.

5. Volkseigener Wohnungsbau**— Berichterstattung an das Ministerium für Aufbau —**

Ab 1. Januar 1956 entfällt die Übersendung einer Durchschrift folgender Meldungen über den volkseigenen Wohnungsbau durch die Räte der Bezirke. — Abteilung Aufbau — an das Ministerium für Aufbau — Abteilung Wohnungsbau —:

1. Stand der Projektierung (monatlich)
2. INV-Kontrollbericht (P 27 — monatlich)
3. Analyse (vierteljährlich)
4. Abrechnung des Kapazitätzuwachses durch Investitionen (P 28 — vierteljährlich).

Das Ministerium für Aufbau erhält diese Angaben ab 1. Januar 1956 von der Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik.

6. Wettbewerb zur Verkürzung der betrieblichen Abrechnungszeiten

In der richtigen Erkenntnis der Forderung des 21. Plenums des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, die Finanzkontrolle zu verbessern, haben die verantwortlichen Funktionäre des VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt überprüft, inwieweit das Rechnungswesen ihres Betriebes tatsächlich das Instrument zur operativen Kontrolle des Planes ist. Die bei dieser Überprüfung der Organisation des Rechnungswesens des VEB mit Hilfe des Instituts für Rechnungswesen gesammelten Erfahrungen sind allen Baubetrieben durch die Artikelserie in der „DFW“ vermittelt worden.

Anlässlich der Baukonferenz vom 3. bis 6. April 1955 haben die Kollegen des Rechnungswesens in diesem VEB einen Wettbewerb angeregt. Im Hinblick auf die Bedeutung der kurzfristigen Abrechnung für die Steigerung der Rentabilität der VE-Baubetriebe hat das Ministerium für Aufbau, HA Bauindustrie, den Aufruf des VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt verwirklicht und in der zweiten Mitteilung der Abteilung Finanz- und Betriebswirtschaft vom 1. Juni 1955 zu einem Wettbewerb um die Verkürzung der Abrechnungszeiträume

aufgerufen. Es haben sich insgesamt 56 Baubetriebe beteiligt mit dem Ergebnis, daß die monatlichen Finanzberichte ab Oktober vorigen Jahres bis zu einer Woche früher als sonst hier eingegangen sind. In den Betrieben konnten die Abrechnungszeiten wesentlich verkürzt werden, und zwar wurden per 30. September 1955 gegenüber 1954 eingespart für die Fertigstellung der

Betriebsabrechnungsbogen im Durchschnitt

4 Arbeitstage

Abteilungsabrechnungsbogen im Durchschnitt

6 Arbeitstage

Finanzkurzmeldung im Durchschnitt

4 Arbeitstage

Als Sieger sind hervorgegangen:

Gruppe I 1. VEB Bau-Union Leipzig
= 73 Punkte

2. VEB Bau-Union Karl-Marx-Stadt
= 83 Punkte

Gruppe II 1. VEB Bau (St) Plauen
= 66 Punkte

2. VEB Bau (K) Aue
= 79 Punkte

3. VEB Bau (K) Bautzen
= 90 Punkte

Gruppe III 1. VEB Bau (K) Borna
= 57 Punkte

2. VEB Bau (K) Kamenz
= 58 Punkte

3. VEB Bau (K) Gotha
= 61 Punkte

3. VEB Bau (K) Spremberg
= 61 Punkte

4. VEB Bau (K) Döbeln
= 66 Punkte

Wir danken allen am Wettbewerb beteiligt gewesenen Kolleginnen und Kollegen für ihren beispielhaften besonderen Einsatz und hoffen, daß ihre guten Erfolge ein Ansporn für die übrigen Betriebe sein wird, nicht zurückzubleiben und durch geeignete Maßnahmen auch ihr Rechnungswesen zu verbessern und die Abrechnungszeiten weiter zu verkürzen.

7. Angebot**von Baumaschinen zur vermögensrechtlichen Umsetzung**

1. Der VEB Hartsteinwerke Hohnstädt meldet eine außer Betrieb gesetzte fahrbare Teer-Misch-Anlage mit einer Produktionsleistung von ca. 40 t/8 Std. zur Umsetzung. Die Anlage besteht aus:

- 1 fahrbaren Dampflokomobile,
- 1 fahrbaren Trockentrommel mit Mischer,
- 2 dazugehörenden Teerbehältern mit Pumpe,
- 2 Teerkochern und
- 1 Tank für Heizöl.

Die an einer Umsetzung interessierten Betriebe setzen sich unmittelbar mit dem anbietenden Betrieb in Verbindung.

2. Der VEB Brauerei und Malzfabrik Schönebeck meldet eine 60-PS-Diesellok, Fabrikat Babelsberg, Baujahr 1954, zum Umtausch gegen eine 90-PS- bzw. 120-PS-Diesellok.

An einem Umtausch interessierte Betriebe setzen sich unmittelbar mit dem anbietenden Betrieb in Verbindung.

8. Maschinenanforderung für Baumechanik-Reparatur-Betriebe

Die Abteilung Aufbau beim Rat des Bezirkes Neubrandenburg hat gemäß Teil II Abschnitt A Ziffer 3 c) des Ministerratsbeschlusses vom 21. April 1955 über die wichtigsten Aufgaben im Bauwesen (GBI. I S. 297) mit Wirkung vom 1. Januar 1956 einen selbständigen VEB (K) Baumechanik-Reparaturwerk gebildet.

Zur besseren und vollständigen Ausrüstung dieses Reparaturbetriebes werden noch folgende Maschinen und Geräte benötigt:

1. Leit- und Zugspindel-Drehmaschine
Bettlänge 2000 mm
2. Kurbelwellen-Schleifmaschine
3. Zylinder-Schleifmaschine
4. Waagerechte Stoßmaschine
(Langhobel 1000 bis 2000 mm)
5. Senkrechte Stoßmaschine
(Aufspannfläche des Tisches 650 × 250 mm)
6. Präzisions-Bohrmaschine bis 50 mm \varnothing Bohrung
7. Universal-Fräsmaschine (waagrecht)
(Tischgröße 1400 × 355 mm)
8. Genauigkeits-Senkrecht-Fräs- und Bohrmaschine
mit automatischem Vorschub am Fräsekopf und
Arbeitstisch mit Dreibackenfutter und
Planscheibe
9. Elektro-Handschleifmaschine
10. Zehn Schraubstöcke

Entsprechend den Beratungen der Baukonferenz und dem Ministerratsbeschuß vom 21. April 1955 sind die neuen Baumechanik-Reparaturwerke in den Bezirken zur beschleunigten Durchführung der Baumaschinen-Reparaturen und Herabsetzung der Reparaturkosten zu bilden.

Die Abteilungen Aufbau bei den Räten der Bezirke werden aufgefordert, gemeinsam mit den volkseigenen Baubetrieben zu überprüfen, inwieweit zur Unterstützung des im Bezirk Neubrandenburg gebildeten Baumechanik-Reparaturwerkes die vorstehend genannten Maschinen aus den Reparaturwerkstätten der Baubetriebe herausgezogen und an den Bezirk Neubrandenburg abgegeben werden können.

Entsprechende Freimeldungen sind mit folgenden Angaben

Bezeichnung der Maschine (Fabrikat)
Leistung (technische Daten)
Baujahr
Anschaffungs- und Zeitwert

zur weiteren Vermittlung der Hauptabteilung Bauindustrie, Abteilung Organisation und Technik, zu übersenden.

9. Sparsame Verwendung von Splitt in der Bauausführung

Die Kontrollorgane stellen in der Bauwirtschaft immer wieder fest, daß einerseits die Versorgung der wichtigsten Baustellen mit Splitt nicht in vollem Maße ausreichend ist, während auf anderen Baustellen Splitt verschwendet und dieser wertvolle Zuschlagstoff für die Herstellung von Beton mit geringer Festigkeit (z. B. für Fundamente) oder bei der Herstellung von Kratzputz verarbeitet wird.

Die erhöhten Investitionen der Baustoffindustrie im Jahre 1956 werden in bestimmtem Umfang zur Kapazitätserweiterung der Kieswerke verwendet, die damit Sieb- und Waschanlagen neu einrichten oder vergrößern. Die volkseigenen Baubetriebe müssen unter diesen Voraussetzungen bei der Bestellung und Lieferung von Betonzuschlagstoffen von den Baustoffbetrieben die frist- und qualitätsgerechte Versorgung durchsetzen. Es ist darauf zu achten, daß die Zuschlagstoffe den im bestätigten Entwurf festgelegten Konstruktionen entsprechend in getrennten Korngrößen bestellt und angeliefert werden, die Qualität den DIN-Bestimmungen entspricht und die zulässige Menge an abschlämmbaren Bestandteilen nicht überschritten wird.

Die Verwendung von Splitt darf nur auf die Konstruktionen beschränkt bleiben, die diesen hochwertigen Zuschlagstoff unbedingt erfordern.

Zugleich werden die Baubetriebe darauf hingewiesen, daß mit der Einführung der Festpreise für Bauhauptleistungen die sparsame Verwendung von Baustoffen offensichtlich notwendig wird.

Die Verschwendung von Splitt verstößt damit gegen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit bei der Bauausführung und verbietet sich von selbst.

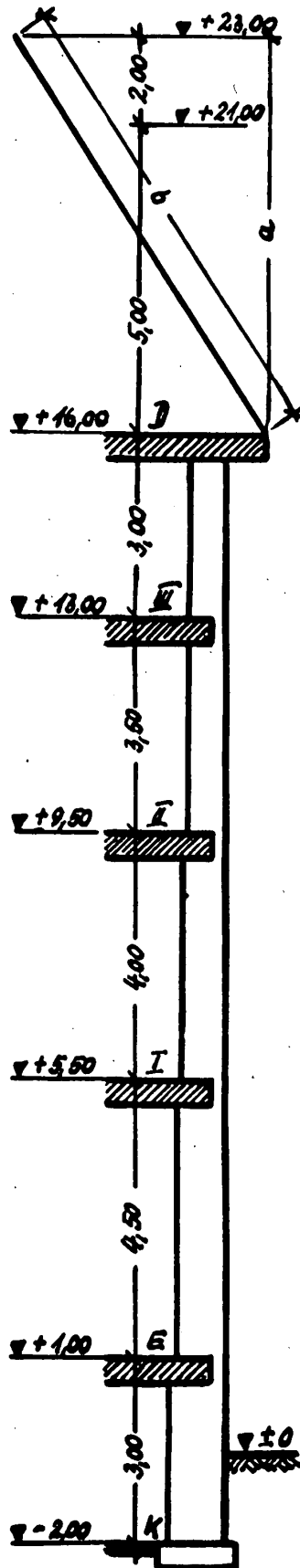
Die Betriebsleiter und technischen Leiter der Baubetriebe sowie die Bauleiter sind verpflichtet, diese Hinweise zu beachten, und die Organe der Staatlichen Bauaufsicht haben die Verwendung von Zuschlagstoffen, insbesondere von Splitt, in bautechnischer und wirtschaftlicher Hinsicht zu kontrollieren.

gez. Winkler

Minister

1. Beispiel

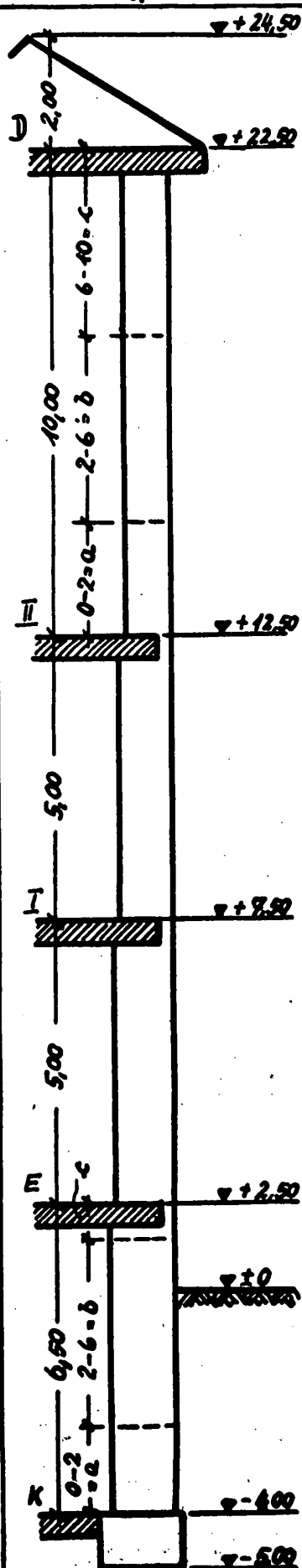
| Pos. Nr. | Bezeichnung | Katalog Nr. | Postpreis DM |
|-------------|---|----------------|-----------------|
| 2 | 8 | 4 | 5 |
| 7 | Mauerwerk im Dachgeschoß | | |
| | a) bis 3,30 m Höhe | 32 013 | 69,44 |
| | Geschoßzuschl. 3 . 0,26 | 32 014 | 0,78 |
| | Zuschl. für Giebelspitzen | 32 033 | 1,48 |
| | | | 71,70 |
| | b) Abschrägung des Giebelmauerwerks für 1 m ² | 32 044 | 4,20 |
| | | | |
| 6 | Mauerwerk III. Obergeschoß | | |
| | Grundwert I. Obergeschoß | 32 013 | 69,44 |
| | Geschoßzuschl. 2 . 0,26 | 32 014 | 0,52 |
| 5 | Mauerwerk im II. Obergeschoß | | |
| | Grundwert I. Obergeschoß | 32 013 | 69,44 |
| | Geschoßzuschl. | 32 014 | 0,26 |
| | Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m | 32 032 | 0,86 |
| 4 | Mauerwerk im I. Obergeschoß | | |
| | Grundwert bis 3,30 m Höhe | 32 013 | 69,44 |
| | Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m | 32 032 | 0,86 |
| | | | 70,30 |
| 3 | Mauerwerk im Erdgeschoß | | |
| | Grundwert bis 3,30 m Höhe | 32 012 | 66,87 |
| | Zuschl. für Mehrhöhe bis 5,00 m | 32 032 | 0,86 |
| 2 | Kellermauerwerk | | |
| | Grundwert bis 3,00 m Höhe | 32 011 | 66,89 |
| | Vorbemerkung Zuschl. für große Tiefe | 32 032 | 0,86 |
| 1 | Fundamentmauerwerk | | |
| | Grundwert bis — 1,50 m | 32 002 | 65,09 |
| | Zuschl. über 1,50 bis 3,50 m | 32 032 | 0,86 |



3. Beispiel

| Pos. Nr. | Bezeichnung | Katalog Nr. | Festpreis DM |
|----------|--|-----------------------------|---------------------------------------|
| 2 | 3 | 4 | 5 |
| | | | |
| 5 | Mauerwerk des Giebels Grundwert von 0 bis 2 m Vorb. Transportzuschl. 2,75 + 5 · 0,26 | 32 019 | 64,55 4,05 <u>68,60</u> |
| 4 | Mauerwerk im II. Obergeschoß | | |
| a) | Grundwert von 0 bis 2 m Transportzuschl. 2,75 + 3 · 0,26 | 32 019 32 021a | 64,55 3,53 <u>68,08</u> |
| b) | Grundwert über 2 bis 6 m Transportzuschl. wie Pos. 4a | 32 020 32 021a | 67,17 3,53 <u>70,70</u> |
| c) | Grundwert über 2 bis 6 m Mehrhöhe über 6 bis 10 m Transportzuschl. wie Pos. 4a | 32 020 32 021 32 021a | 67,17 0,27 3,53 <u>70,97</u> |
| | Gerüst besonders berechnen | | |
| 3 | Mauerwerk im I. Obergeschoß Grundwert bis 3,30 m Höhe Zuschl. bis 5,00 m Höhe Vorb. Zuschl. für Fußbodenmehrhöhe 2 · 0,26 | 32 013 32 032 32 014 | 69,44 0,86 0,52 <u>70,82</u> |
| 2 | Mauerwerk im Erdgeschoß | | |
| a) | Grundwert von 0 bis 2 m | 32 019 | 64,55 |
| b) | Grundwert über 2 bis 6 m | 32 020 | 67,17 |
| c) | Grundwert von 2 bis 6 m Zuschl. 6 bis 10 m | 32 020 32 021 | 67,17 0,27 <u>67,44</u> |
| d) | Grundwert von 2 bis 6 m Zuschl. 6 bis 14 m | 32 020 32 021 | 67,17 0,54 <u>67,71</u> |
| | Gerüst besonders berechnen | | |
| 1 | Mauerwerk der Fundamente Grundwert bis — 1,50 m Zuschl. bis — 3,50 m | 32 001 32 005 | 64,62 2,59 <u>67,21</u> |

2. Beispiel

| Pos. Nr. | Bezeichnung | Katalog Nr. | Festpreis DM |
|--|--|----------------------------|---------------------------------|
| 2 | 3 | 4 | 5 |
|  | | | |
| 6 | Mauerwerk im Dachgeschoß Grundwert von 0 bis 2 m Vorb. Transportzuschl. 2,75 + 5.0,28 | 32 019 | 64,55 4,05 68,60 |
| 5 | Mauerwerk im II. Obergeschoß | | |
| a) | Grundwert von 0 bis 2 m Transportzuschl. 2,7 + 2.0,28 | 32 019 32 021a | 64,55 3,27 67,82 67,17 |
| b) | Grundwert von 2 bis 6 m Transportzuschl. wie bei a) | 32 020 | 3,27 70,44 |
| c) | wie Pos. b) Zuschl. für Mehrhöhe 6 bis 10 m | 32 021 | 70,44 0,27 70,71 |
| Gerüst besonders berechnen | | | |
| 4 | Mauerwerk im I. Obergeschoß bis 3,30 m Höhe bis 5,00 m Höhe Geschoßzuschl. 1.0,28 | 32 013 32 032 32 014 | 68,44 0,88 0,28 70,56 |
| 3 | Mauerwerk im Erdgeschoß bis 3,30 m Höhe bis 5,00 m Höhe | 32 012 32 032 | 68,87 0,88 67,73 |
| 2 | Mauerwerk im Tiefkeller | | |
| a) | Grundwert von 0 bis 2,0 m Höhe Vorb. bis — 3,50 m Vorb. bis — 6,80 m | 32 019 32 032 32 014 | 64,55 0,88 0,28 65,67 |
| b) | Grundwert von 2,0 bis 6,0 m Transportzuschl. wie bei a) | 32 020 | 67,17 1,12 68,29 |
| c) | Grundwert von 2,0 bis 6,0 m Höhe Zuschl. von 6,0 bis 10,0 m Höhe Transportzuschl. wie bei a) | 32 020 32 021 | 67,17 0,27 1,12 68,56 |
| Gerüst besonders berechnen | | | |
| 1 | Fundamentmauerwerk bis — 1,50 m Vorb. bis — 3,50 m Vorb. bis — 6,80 m | 32 002 32 032 32 014 | 65,09 0,88 0,28 66,21 |